Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1912

109 (10.5.1912) Erstes Blatt

Visual Library

Nr. 109. Karlsruhe, Freitag, den 10. Mai 1912. 32. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. Abonnementspreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 Mk. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 M., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 M. vierteljährlich

Redaktion: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 481
Sprechstunde nur von ½12—½1 Uhr.
Expedition: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 128
Postcheck-Conto Nr. 2650

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vorm. ½9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends ½7 Uhr.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Geck & Co., Karlsruhe.

Verantwortl. für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Bad. Politik, Aus der Partei, Gewerkschaftliches, Neues vom Tage und Letzte Nachrichten: Hermann Kadel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; beide in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich: Karl Ziegler in Karlsruhe.

Hausfrauen, Arbeiterinnen! Heraus zum Frauentag! Zum Kampf für Euer Recht!

Erstes Blatt.

Unsere heutige Nummer umfaßt 2 Blätter mit zusammen 12 Seiten.

Zum Frauentag am 12. Mai.

Der große Festtag der Arbeiterklasse ist vorüber, nun muß überall für den Frauentag gerüstet werden. Die rechtlosen Frauen werden in geschlossenen Massen ihren Anspruch auf das gleiche Recht erheben. Nicht länger wollen die Frauen in stupider Entsagung verharren. Sie wollen nicht länger den Stempel der Unfreiheit und „angeborenen" geistigen Beschränktheit tragen. Die Frauen der Arbeiterklasse beweisen in einem arbeitsreichen, mühsalbeladenen Leben ihre Tüchtigkeit, ihre physische und geistige Leistungsfähigkeit. Tag um Tag wird die Phrase von der Zartheit und schonungsbedürftigen Frau Lügen gestraft, denn keinem Mann mutet man zu, was der Frau auferlegt ist. Die „zarte" Frau hat einen Arbeitstag ohne Ende. Wenn der Mann noch ruht oder wenn er schon wieder ruht, rührt sie noch immer die Hände. Fabriksarbeit und Hauswirtschaft, Mutterpflichten und Erwerbsarbeit im Heim sind bei ihr vereinigt. Die „zarte" Frau hat einen Arbeitstag, der weit über das gesetzlich erlaubte Maß hinausgeht. Gar oft muß sie auf die Nachtruhe vollständig verzichten, wenn kranke Kinder ihrer Pflege bedürfen. Dennoch ruft sie die Pflicht am Tag wieder zur Arbeit. Die bleichen, abgehärmten Gesichter, die nur allzu oft überschlanken Gestalten liefern einen sprechenden Beweis, wie schwer die Arbeitslast ist, die der „zarten" Frau auferlegt ist. Aber „die Politik taugt nicht für die Frauen", „sie ist zu schmutzig für die reine Weiblichkeit," sagen die bürgerlichen Phraseure, wenn an sie die Forderung herantritt, der Frau Rechte zu geben. Gleichmütig sehen sie aber, daß das kaum zum Mädchen erwachsene weibliche Geschöpf 10 bis 12 Stunden im Tag schmutzigste Arbeit verrichtet, sogar schwere Arbeit, bei der die jugendlichen Glieder in der Entwicklung gehemmt und für die künftige Mutterschaft untauglich gemacht werden. Heilig, dreimal heilig ist der Profit, der auf die halb kindlichen Mädchenleiber nicht verzichten kann im Interesse der Industrie. Mit Worten huldigt man der Frau, mit Taten steinigt man sie, wenn sie den arbeitenden Klassen angehört. Rechte verweigert man ihr, weil sonst die Weiblichkeit durch das politische Getriebe ihres Reizes beraubt werden könnte.

Heuchler und Pharisäer, die sie sind! Wie sie körperlich das Weib schinden, mißhandeln sie auch den Geist. Das weibliche Geschlecht ist dem politischen Treiben nicht gewachsen, der weibliche Geist ist für eine andere Art Tätigkeit geeignet, sagen sie. Indessen machen sie es der Mehrheit der Frauen überhaupt unmöglich, ihren Geist zu pflegen. Dennoch muß die Arbeiterfrau eine gehörige Menge Geisteskraft aufwenden, denn mit geringen Mitteln einen Arbeiterhaushalt bestreiten, ist wahrhaftig nicht möglich, ohne daß die Frau eine große Gedankenarbeit leistet. Das Wirtschaftsgeld der Arbeiterfrau ist geringer als das sogenannte Nadelgeld der Bourgeoisiefrauen. Die Handschuhe der eleganten Damen kosten mehr als die Arbeitermutter für die vollständige Bekleidung ihrer Kinder ausgeben kann. Die Spielsachen eines Fabrikantenkindes verschlingen mehr Summen als die Nahrung der Arbeiterkinder kosten darf. Mit 2 bis 3 Mk. im Tag muß eine Arbeiterfrau die Lebensbedürfnisse von oft drei bis fünf Köpfen befriedigen. Könnte das eine Frau, deren Gehirn nicht Platz für Vernunft hat? Die Frauen aber, die in allen Berufen arbeiten, die Kinder gebären und pflegen, die den Haushalt führen — alle diese Frauen sind rechtlos. Geisteskranke, Verbrecher und Frauen haben kein Wahlrecht!

Dagegen wollen wir uns am 12. Mai auflehnen.

Unser Frauentag am 12. Mai soll ein flammender Protest gegen die Gesetze sein, die für die Frauen nur Pflichten, aber keine Rechte kennen.

Heraus ihr Frauen aus Haus und Fabrik!

Heraus ihr Mädchen aus Bureaus und „Salons"!

Heraus alle, die ihr arbeitet und des Lebens Sorge und Mühsal kennt! Ob in Städten oder Dörfern, ob auf Bergen oder in Tälern, schließt euch alle der Frauenkundgebung für politische Rechte an.

Wir wollen das Frauenwahlrecht, damit wir im Parlament, im Landtag, in der Gemeindestube für das eintreten können, was notwendig ist, um unsere Lage zu erleichtern, um den Arbeiterkindern ein sonnigeres, glücklicheres Dasein zu bereiten. Am **Frauentag** demonstrieren wir, damit wir zu den Pflichten auch Rechte erhalten.

Auf auf, ihr Frauen! Begeht den **Frauentag** in machtvoller, imposanter Weise. Zeigt, daß die Frauen erwacht sind und erkannt haben, daß im gemeinsamen Kampf aller auch der Sieg liegt!

Die Hausfrauen und das Wahlrecht.

Der Lebenskreis der Frau sei einzustellen auf die vier K, auf Kinder, Kleider, Küche und Kirche; Politik interessiere sie nicht," so lautet ein Wort, das von der deutschen Kaiserin stammen soll. Sicherlich haben wir nichts dagegen einzuwenden, wenn die herrschende Klasse für sich und ihre weiblichen Angehörigen in der angegebenen Weise das Tätigkeitsfeld abzustecken wünscht; die Proletarierinnen jedoch lehnen es entschieden ab, solche, nun sagen wir — eigenartigen, einer längst vergangenen Wirtschaftsepoche angehörenden Anschauungen als für sich maßgebend zu betrachten. Die Schule des Lebens hat sie längst gelehrt, daß ihr Interesse durch vielerlei Fäden verknüpft ist mit der Politik, mit ihren Maßnahmen und Einrichtungen. Die Zeit, in der der Einzelhaushalt eine kleine Welt für sich darstellte, in der die Frau waltete und sich auslebte, ist längst vorbei.

Die unaufhaltsam vorwärtsschreitende wirtschaftliche und soziale Entwicklung hat dem Einzelhaushalt eine wichtige Aufgabe nach der andern entzogen und sie zu einer gesellschaftlichen gemacht; sie hat der Frau damit ihre produktiven Arbeiten für die Familie und in derselben genommen und sie gleichzeitig hinausgetrieben in die Erwerbsarbeit.

Für die zehn Millionen erwerbstätiger Frauen wagen denn auch die verzopftesten Spießer nachgerade nicht mehr ohne weiteres das Interesse an der Politik zu leugnen, obgleich sie noch keineswegs den Rechtsanspruch der politischen Gleichberechtigung des Weibes anerkennen wollen; aber den Hausfrauen muß nach Meinung dieser Allerweltsweisen die Beschäftigung mit Politik ein Greuel und Scheuel sein.

Wie unrichtig das ist, könnten wir allein schon mit dem Hinweis auf die Zoll- und Steuerpolitik und ihren überaus schädigenden Einfluß auf den Haushalt nachweisen.

Heute möchten wir diesen Nachweis jedoch in anderer Weise erbringen. Man vergegenwärtige sich das folgende: Des Morgens verlassen der Mann und die erwachsenen Kinder das Haus, um der Erwerbsarbeit nachzugehen.

Der Mann geht vielleicht als Maurer auf den Bau, der Sohn in eine Tischlerei und die Tochter in eine Plättanstalt. Alle drei werden an ihrer Arbeitsstätte von vielerlei Gefahren, die der Arbeit drohen, umlauert. Ein Sturz vom Gerüst kann dem Manne das Leben kosten; von der Werkzeugmaschine erfaßt, verliert der Sohn die Hand; ein ungeschickter Handgriff an der Bügelmaschine hat das Verbrühen der Hand zur Folge, das nicht nur äußerst schmerzhaft für die Betreffende ist, sondern auch leider zur Verkrüppelung der Hand führt.

Die Frau, die als Hausfrau daheim ihres Amtes waltet, wird deshalb, neben den Sorgen, die ihr auferlegt sind durch die Verantwortung für die Instandhaltung des Hauswesens, die Angst und Sorge um Leben und Gesundheit der ihrigen tragen müssen. Sind es doch Hunderttausende an Opfern, die alljährlich auf dem Schlachtfelde der Arbeit fallen. Im Jahre 1909 verunglückten 654 884 Personen bei der Arbeit, von diesen büßten 9363 ihren Unfall mit dem Leben. 6372 Witwen hatten in der Folge den Tod ihres Gatten zu beklagen und 13 268 Kinder den Verlust ihres Vaters.

Industrie, Bergbau, Verkehr und Landwirtschaft fordern Jahr um Jahr Hekatomben an Menschenopfern. In der Landwirtschaft verunglückten 1909 138 785 Personen; unter den Schwerverletzten wurden 1792 Kinder unter 16 Jahren gezählt und 18 236 weibliche Arbeiter.

Entsetzliches künden uns diese Zahlen! Sie erzählen uns von furchtbaren Qualen und Schmerzen, von zahlreichen vernichteten Existenzen, von unendlich viel zerstörtem Familienglück.

Bessere Unfallverhütungsvorschriften, eine öftere und gründlichere Ueberwachung der Betriebe, verkürzte Arbeitszeit für Mann und Frau, Verbot der Kinderarbeit, kuzum, Ausbau des Arbeiter- und Arbeiterinnenschutzes, könnten vieles ändern, bessern, verhüten.

Daß dieser Ausbau erfolgt, möglichst bald, möglichst gründlich, das liegt nicht nur im Interesse der Arbeitenden selbst, sondern gleichermaßen auch im Interesse ihrer Angehörigen, das heißt, die Frau hat nicht nur als Arbeiterin, sondern auch als Hausfrau, Gattin und Mutter, das lebhafteste Interesse daran, daß der sozialpolitische Karren in etwas lebhaftere Bewegung kommt, daß mehr gesetzliche Bestimmungen zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeitenden geschaffen werden, und besser für ihre Beachtung und Durchführung gesorgt wird.

Ein größerer Einfluß auf die Gesetzgebung der durch den Besitz und die Ausübung des Frauenwahlrechts erzielt würde, ist also für alle Frauen von größter Wichtigkeit.

Die Erkenntnis dieser Tatsache muß die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse in hellen Scharen in die Frauenversammlungen treiben, die am Frauentag in allen Orten Deutschlands stattfinden und der Forderung des Frauenwahlrechts dienen. Die Frauen, die längst politisch mündig geworden sind, haben nachdrücklichst ihre Mündigkeitserklärung zu fordern.

Der Fall von Grafenstaden.

Nicht nur in der Jagd auf polnische Kaninchen und gegenüber den Heimatlosen in Schleswig leistet die Zwangsgermanisation sich barbarische und törichte Streiche. Auch im „Land der wiedergewonnenen Brüder" kann man immer wieder, sogar nach der Verfassungsreform, gleiches erleben. Preußen steckt seine Finger in die Verwaltung Elsaß-Lothringens, Preußen hat wieder im Fall der Maschinenfabrik von Grafenstaden ein Stücklein geliefert. Einer Denunziation der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" nachgebend, die verdächtig nach Konkurrenztreiben aussah, hat die preußische Regierung die Regierung des Elsaß gegen die Grafenstadener Maschinenfabrik aufgeputscht, weil deren Direktor ein Feind der Deutschen sei; der Fabrik wurden schließlich große Aufträge auf Lieferung von Lokomotiven für die elsaß-lothringischen Bahnen entzogen und sie hat darauf die Verlegung ihres Betriebes auf französisches Gebiet beschlossen. Mehr als 2000 Arbeiter verlieren ihre Beschäftigung!

Dieser Tage kam nun der Fall in der zweiten elsaß-lothringischen Kammer zur Sprache, und dabei erlitt die Regierung eine schwere Niederlage. Unterstaatssekretär Mandel versuchte vergeblich eine Rechtfertigung. Er gab an, das Verhältnis unter den Bundesstaaten sei ein solches, daß derartige „Anfragen", wie Preußen sie gemacht habe, nicht abgelehnt werden könnten. Es sei mit großer Vorsicht geprüft worden, ehe der Bericht nach Berlin ging. Herr Mandel sprach von zwei Personen, die das Material geliefert haben; wer die zwei seien, verriet er aber nicht. Es sind offenbar Vertreter der niederrheinischen Konkurrenz! Das schlimmste Verbrechen der Werksleitung: Zwei junge Leute, die vor ihrer Aushebung in der Fabrik tätig waren, hätten sich nicht gestellt, seien vielmehr vor der Aushebung nach Frankreich gegangen und hätten in der Filiale der Fabrik in Belfort wieder Beschäftigung gefunden. Schrecklich! Dann wird der Werksleitung zum Vorwurf gemacht, daß sie fast gar keine altdeutschen Arbeiter einstelle. Jedenfalls findet sie genug ansässige Arbeiter! Und dergleichen Verlegenheitsreden mehr. Selbst der Staatssekretär Zorn v. Bulach mußte schließlich anerkennen, daß es sich bei den Beschuldigungen teilweise wohl um Kindereien handle. Und diese Kindereien führen zur Vertreibung eines großen Industriewerks und zur Gefahr einer Boykottierung deutscher Waren in Frankreich!

Es wurde eine Resolution einstimmig angenommen, wonach die Kammer auf das schärfste das Verhalten der Regierung mißbilligt und fordert, daß sie in Zukunft mit Nachdruck die elsaß-lothringischen Interessen vertrete, um damit ihr Verhalten wieder gutzumachen. Auch fand ein von der Sozialdemokratie beantragter Zusatz, daß die Regierung in Zukunft die Gesinnungsschnüffelei unterlasse, eine Mehrheit.

Also einstimmig die Verurteilung. Aber die Liberalen und Zentrumsleute, die hier dieses Treiben verurteilen, halten in Preußen der Regierung die Stange, obwohl sie es dort viel schlimmer treibt. Und von Preußen ging ja das Treiben aus! Soll es nicht beim bloßen Theaterdonner bleiben, so wird der Blitz in Berlin einschlagen müssen!

Die Meinung der Arbeiterschaft.

Die heraufbeschworene Möglichkeit der Schließung der Grafenstadener Fabrik hat in den Kreisen der dortigen Arbeiterschaft eine gewaltige Unruhe ausgelöst. Steht doch die Existenz von Tausenden von Arbeitern und deren Angehörigen, sogar die Existenz der ganzen Gemeinde und die einer Reihe umliegender Dörfer auf dem Spiele. Es fand am vergangenen Montag eine Protestversammlung statt, die einen Besuch aufwies, wie ihn Grafenstaden noch nie zu verzeichnen hatte. Nahezu an tausend Personen, Arbeiter, Angestellte und Geschäftsleute, füllten das Lokal und die Nebenräume bis auf den Hof hinaus. Referenten waren die Genossen Abg. Peirotes und Gauleiter Vorhölzer vom Metallarbeiterverband. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen und der sozialdemokratischen elsässischen Landtagsfraktion zur Kenntnisnahme übermittelt:

„Die Versammlung der Arbeiterschaft des Werkes Grafenstaden der Elsässischen Maschinenbau-Gesellschaft protestiert auf das entschiedenste gegen die Absicht der Regierung, dem Werk Grafenstaden keine Aufträge mehr zuweisen zu wollen. Die Versammlung erwartet, daß die Aufträge wie seither dem Werke zugewiesen werden, da sonst die Existenz von Tausenden von Arbeitern und ihrer Familien vernichtet würde, trotzdem die Arbeiterschaft wohl mit Recht verlangen kann, daß ihr als deutschen Staatsbürgern und deutschen Steuerzahlern in Elsaß-Lothringen die gleiche Existenzmöglichkeit gewährt wird wie den Arbeitern anderer Bundesstaaten. Von den Mitgliedern der zweiten Kammer im Elsaß hofft die Versammlung, daß sie alles aufbieten, damit die Absichten der Regierung, die in diesem Falle nur die Geschäfte der rechtsrheinischen Konkurrenz besorgen würde, zunichte gemacht werden und die Arbeitsmöglichkeit den Arbeitern des Werkes wie seither erhalten bleibt."

Deutsche Politik.

Verfassungsreform-Antrag in Württemberg. Die sozialdemokratische Fraktion des württembergischen Landtags brachte am Dienstag einen Antrag ein, die Regierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen die Verfassung und das Landtagswahlgesetz dahin abgeändert werden, daß sämtliche Abgeordnete der zweiten Kammer auf dem Wege der Verhältniswahl gewählt werden. — Der Antrag dürfte noch im Laufe dieser Tagung zur Beratung kommen.

Die Wehrvorlagen in der Kommission. Die Budgetkommission bewilligte in ihrer Sitzung am Dienstag 30 neue Batterien Feldartillerie, Verstärkung von mehr als 100 Batterien an Mannschaften und Pferden, sowie einige kleinere, damit zusammenhängende Forderungen. Die Verkehrstruppen erfahren eine Verstärkung durch Errichtung von Funker-Kompagnien, Verstärkung der Flieger-Abteilungen und Umwandlung der Luftschiffer- und Kraftfahrabteilungen in ein Bataillon. Auch die Telegraphentruppen werden weiter vermehrt. Bei den Pionieren werden 21 Scheinwerferzüge aufgestellt.

Eine längere Auseiandersetzung entspann sich darüber, ob die jetzt vorhandenen Batterien zu 6 Geschützen, nach französischem Muster in solche zu vier Geschützen umgewandelt werden können. Die Militärverwaltung trat dem entschieden entgegen und wies besonders darauf hin, daß eine solche Umwandlung an einmaligen Ausgaben 200 Millionen Mark, an fortlaufenden Ausgaben 35 Millionen Mark jährlich erforderlich machen würde. Der Leiter des Militärflugwesens machte dann interessante Ausführungen über die Entwicklung des militärischen Flug-Betriebes, die sich jedoch als vertraulich, der Veröffentlichung entziehen. Nachträglich wurde sodann für Sachsen die am Freitag abgelehnte Landwehr-Inspektion bewilligt, dagegen wurde der erneute Antrag Württembergs, auch dort eine solche Inspektion zu errichten, abgelehnt. Zu einer längeren Diskussion führte die Forderung der Heeresverwaltung, eine große Anzahl neuer Offizierstellen zu schaffen. Der Antrag ging dahin: Zuteilung je eines Oberstleutnants auch zu den Stäben der Regimenter mit 2 Bataillonen; Zuteilung eines weiteren Stabsoffiziers zu sämtlichen Regimentern mit 3 Bataillonen; Zuteilung je eines weiteren Hauptmanns zu allen Regimentern. In der Kommission gelangte die Meinung zum Ausdruck, daß man hier in erster Linie eine Verbesserung des Avancements im Auge habe. Dem wurde von der Heeresverwaltung mit dem Argument entgegengetreten, daß die neugeforderten Offiziersstellen für den Fall der Mobilmachung unerläßlich notwendig seien. Bei der Abstimmung wurden die Oberstleutnants gestrichen, dagegen die Majore für alle Regimenter bewilligt, ebenso die geforderten Hauptleute, deren nun jedes Regiment vierzehn aufzuweisen hat. Dem Krigsministerium wurde die Ermächtigung erteilt, die erforderlichen Mittel für die Beschaffung der neubewilligten Pferde schon jetzt auszugeben.

Badischer Landtag.

63. Sitzung der 2. Kammer.

Die Aufhebung der Münchener Gesandtschaft

wurde gestern von der Mehrheit der zweiten Kammer beschlossen. Gegen die Aufhebung stimmten das Zentrum und die Konservativen. Der Staatsminister v. Dusch bemühte sich vergeblich, mit staats- und etatrechtlichen Gründen die badische Gesandtschaft in München zu retten. Die bezüglichen Deduktionen des Staatsministers waren aber so gekünstelt, daß sie keinen Eindruck machen konnten. Das Zentrum spielte sich der Regierung gegenüber als Retter in der Not auf. Das Zentrum hält die Münchener Gesandtschaft sicher für so wenig notwendig wie die Linke, aber es handelte sich eben um einen „Großblockantrag" und dagegen muß das Zentrum mobil machen. Herr Kopf bemühte sich vergeblich, „sachliche" Gründe für die Haltung des Zentrums geltend zu machen. Für die sozialdemokratische Fraktion begründete Genosse Willi die Zustimmung zu der Aufhebung der Gesandtschaft und für den Strich der Mittel für Orden und Medgillen. Ihm sekundierte Genosse Kolb. Eine saftige Lektion verabreichte der Abg. Venedey dem demagogischen Zentrum, dessen doppelzüngige Politik er mit kräftigen Worten geißelte. Die Debatte war zeitweise sehr lebhaft, der Präsident hatte alle Hände voll zu tun.

Für den Strich der Orden stimmten den Sozialdemokraten nur die Fortschrittler. Mit 40 gegen 24 Stimmen wurde die Aufhebung der Münchener Gesandtschaft beschlossen. — Zum Schluß der Sitzung wurden noch einige Petitionen erledigt.

⊙ Karlsruhe, den 9. Mai.

Präsident **Rohrhurst** eröffnete 9¼ Uhr die Sitzung.

Am Regierungstisch: Staatsminister Frhr. v. Dusch und Regierungskommissäre.

Sekretär Abg. **Müller** (natl.) zeigte die neuen Eingaben, Petitionen, an.

Der Präsident machte kurze geschäftliche Mitteilungen, worauf in die Tagesordnung eingetreten wurde.

Abg. **Neuwirth** (natl.) berichtete namens der Budgetkommission über das Budget des **Ministeriums des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen** für die Jahre 1912 und 1913, Ausgabe Titel 2 und 3, **Geheimes Kabinett und Gesandtschaften.** Die Komission hat mit Mehrheit den Titel 2 genehmigt. Bei Titel 3 erhob sich in der Kommission Widerspruch gegen die Position Münchener Gesandtschaft. Die Mehrheit verlangt deren Aufhebung. Die Kommission stellt den Antrag: Die Kammer wolle beschließen, bei Titel 3 Gesandtschaften die Anforderungen für die Gesandtschaft in München für 1913 abzusetzen, die übrigen Anforderungen dagegen unverändert zu genehmigen und zwar unter Titel 2 Geheimes Kabinett für beide Jahre 114 300 Mk., unter Titel 3, Gesandtschaften für beide Jahre 148 920 Mk. Bezüglich der Aufhebung der Münchner Gesandtschaft war die Mehrheit der Kommission der Auffassung, daß diese Gesandtschaft nicht notwendig sei und man hier mit der Vereinfachung der Staatsgeschäfte mit gutem Beispiel vorangehen kann. Durch die Aufhebung der Münchener Gesandtschaft würde eine Ersparnis von 22 740 Mk. erzielt.

Staatsminister Frhr. **v. Dusch**: Der Berichterstatter hat den sachlichen Standpunkt der Mehrheit der Kommission hervorgehoben. Demgegenüber möchte ich bemerken, daß die Gesandtschaft erst vor vier Jahren in ihrer heutigen Organisation ins Leben gerufen wurde und die Zeitverhältnisse sich nicht so geändert haben, daß ein Grund zu ihrer Aufhebung vorliegt. Es muß die Frage aufgeworfen werden, ob überhaupt unter verfassungsmäßigen und etatrechtlichen Gesichtspunkten die Kammer berechtigt ist, eine Verwaltungsorganisation ohne weiteres aufzuheben. Die Anforderung wurde im August 1908 von diesem Hause mit allen Stimmen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und zweier Demokraten bewilligt. Die getroffene Einrichtung war nicht ein Versuch, den man wieder fallen lassen wollte, es handelte sich vielmehr um eine ständige Einrichtung, denn es wurde die Einreihung in den Gehaltstarif bewilligt. Man wird keinen Grund dafür erkennen können, die seinerzeit und auch auf dem letzten Landtag bewilligte Position jetzt zu streichen. Ich muß darauf hinweisen, daß in München ein ganzes diplomatisches Korps sich befindet. Es ist daher von Bedeutung, daß wir dort eine Vertretung haben, um bei Fragen, die den Bundesrat beschäftigen, die Ansichten Bayern und Württembergs kennen zu lernen. Es ist das wichtig bei Fragen, in denen die süddeutschen Staaten zusammengehen. Neben sachlichen Gründen sprechen aber auch rechtliche Bedenken gegen den Vorschlag der Mehrheit der Kommission. Es ist die Frage, ob die Kammer eine Organisation durch den Strich einer Position einfach aufgehoben werden kann. Budgetrechtlich ist das Verwaltungsrecht der Kammer ein beschränktes. Eine Grenze ist den Befugnissen der Stände dadurch gezogen, daß andere Gesetze nicht verletzt werden dürfen.

Auf die Bestimmungen der Verfassung gründet sich das unbestreitbare Organisationsrecht der Krone. Aus dem § 38 des Etatgesetzes ergibt sich, daß Regierung und Krone eine Organisation nicht ins Leben rufen können, wenn hierzu die Stände die Mittel nicht bewilligen. Das ist aber bezüglich der Münchener Gesandtschaft geschehen. Es kann daher, wenn nicht ein Einverständnis zwischen der Regierung und den Ständen besteht, die Münchener Gesandtschaft nicht aufgehoben werden. Es gebe vielleicht in der Sache noch andere Wege zu ihrer Erledigung. Das Haus könnte eine Resolution annehmen, in der sie zum Ausdruck bringt, daß die Gesandtschaft in München aufgehoben werden soll. Die Regierung würde die Resolution zur Kenntnis nehmen und wenn ihr das andere Haus zustimmt, prüfen, was zu tun ist.

Präsident **Rohrhurst**: Es ist ein Antrag der Abgg. Kolb u. Gen. eingegangen, den der Abg. Willi begründen wird, lautend:

„Wir beantragen, die unter Titel 2 § 5 angeforderte Summe von 25 000 Mk. für Orden und Medaillen zu streichen."

Abg. **Kopf** (Zentr.): Wir müssen uns fragen, ob die Kammer ohne weiteres berechtigt ist, die Gesandtschaft einfach aufzuheben. So sehr das Budgetrecht dieses Hauses gewahrt werden muß, bin ich nach den Ausführungen des Herrn Staatsministers der Auffassung, daß in dieser Frage hinsichtlich unserer Kompetenz Zweifel bestehen. Was gesetzlich festgelegt ist, kann nur auf gesetzgeberischem Wege beseitigt werden. Aus staatsrechtlichen Gründen kann man die Gesandtschaft nicht einfach aufheben. Aber auch finanzielle Gründe können hier nicht in Betracht kommen, denn das, was durch die Aufhebung der Gesandtschaft gespart wird, ist keine bedeutende Summe für unser Budget. Es will mir scheinen, daß hier politische Gründe mitsprechen und die Nationalliberalen in eine bedenkliche Abhängigkeit vom Großblock gekommen sind. (Lachen links.) Die Nationalliberalen sind immer mehr zur Einflußlosigkeit verurteilt. (Große Heiterkeit links; Beifall beim Zentrum.)

Söhne ihrer Väter.

Roman von Max Kretzer.

42 (Fortsetzung.)

„Sagen Sie, wo haben Sie sich eigentlich hingebracht?" fragte Reitzenberg dann Silvester, da er sich durch die „Hühnerbrust" schwer getroffen fühlte, „Sie kommen wohl bloß in den Pausen vor, was?"

„Hübscher Witz, hätte ich Ihnen garnicht zugetraut," schnarrte Iltis und lachte. „Ich hätte eine Idee, liebes Tröstchen: Sie ließen zum Schluß den Souffleur hervortreten und das Verzeichnis unserer Klubmitglieder vorlesen. Dann hätten wir doch den Schlüssel zu dieser tiefsinnigen Komödie . . . Sagen Sie mal, was machen Sie denn, wenn die Sache abfällt?"

Reitzenberg hatte gleich die Antwort bereit. „Dann geht er nach Sibirien und schreibt ein Armeleute-Stück mit Destillenduft und nassen Windeln. Verbannt ist er ja. Bei jedem Gedanken trinkt er einen Maison du Nord."

„Kann schon sein," nahm Silvester diese Scherze lustig auf.

„Haben Sie denn hier kein Sekt-Buffet?" fragte Iltis dann wieder. „Sie behandeln Ihre Freunde auffallend schlecht. Die kleinen Mecchens dahinten lechzen ja förmlich danach. Es sind übrigens ein paar niedliche Krabben darunter." Und er feuerte Reitzenberg dazu an, zwei von ihnen, die Hübschesten, einzuladen und sich irgendwo mit Ihnen zu amüsieren.

Silvester jedoch spielte den Ernsten aus. „Meine Herren, suchen Sie sich draußen Ihre Ware. Hier herrscht Zucht und Sitte."

„Das sieht man an Ihrem Stück", warf Iltis boshaft ein. „Jetzt fehlt nur noch die Limonade für Sie."

Graf Silm stakerte auf seinen dünnen Beinen heran. „Na Sie, mein großer Poet", zerrte er die Worte hervor, „wie ist es denn mit dem Sittenschutzmann als deus ex machina? Den Mann haben Sie wohl ganz vergessen? Der gehört doch eigentlich in die Gesellschaft der Tochter." Und als Silvester freundlich nickend ihnen den Rücken gekehrt hatte, sprach der Graf mit seiner dünnen Stimme weiter: „Oede Gegend, meinen Sie nicht auch? Die Leute sprechen so vernünftig, daß man sie versteht; das soll man doch nicht in einer wahren Dichtung. Ja, ä. Die Poesie soll immer etwas Verschwommenes haben. Nennen wir es, meinetwegen, Schleierhaftes."

Sinders, der in der Nähe stand, weil er überall herumhorchte, lachte anerkennend und machte den Versuch, sich keck ins Gespräch zu mischen. „Ja, den reißt er gründlich herunter", sagte er mit der Zweideutigkeit eines Menschen, der einem andern zustimmt, aber seine eigene Ansicht dabei vertritt.

Graf Silm musterte ihn durch sein Glas, als kennte und verstünde er ihn nicht, und ließ ihn stehen. Dann wieder allein mit den andern, entrüstete er sich. „Dieser fragwürdige Herr Konsul soll ja jetzt der literarische Vertrauensmann unseres Dichters sein. Das gibt doch erheblich zu denken. Ja, ä, was? Früher spuckte er ihn an, und jetzt diese Intimität. Krankhaft, einfach krankhaft."

Trotzdem alle davon überzeugt waren, daß es einen netten Durchfall geben würde, drückten sie doch beim Abschied Silvester freundlich die Hand, lobten diese und jene Szene und versprachen ihm, auch alle ihre wohlgesinnten Bekannten aufzubieten, um ihm zu einem Erfolge zu verhelfen.

Zwei Tage vor der öffentlichen Aufführung fand die Generalprobe statt, zu der Silvester die Kritiker einiger hervorragenden Zeitungen geladen hatte, sonst aber keinen Unberufenen hereinließ. Die Klubfreunde waren ganz besonders ausgeschlossen, weil er befürchtete, verschiedene von ihnen könnten sich dadurch um die Erstaufführung herumdrücken. Kurz vor dem ersten Klingelzeichen wurde er herausgebeten. Zu seiner Ueberraschung fand er seinen Vater in Begleitung des Prinzen Glinka vor, die gekommen waren, um ihn zu bitten, unauffällig dieser Vorstellung ohne Publikum, aber bei erleuchtetem Hause, beiwohnen zu dürfen. Der Geheimrat hatte lange geschwankt, ob er diesen Schritt unternehmen solle, dann aber war er doch von der Neugier dazu getrieben worden; weniger um das Stück zu sehen, das ihn nach dem Lesen gleichgültig gelassen, als sich am Spiel seiner Freundin zu erfreuen, die ihm so viel von ihrer Rolle vorgeschwärmt hatte, daß er beinahe Bedenken gegen ihre Aufrichtigkeit bekam.

„Du, ich kann leider am Mittwoch nicht hier sein, denn ich muß auf ein paar Tage wieder nach Hause. Aber denken kannst du dir wohl, daß ich mich von dem Luftholen deines Musenkindes einmal überzeugen möchte."

Silvester hatte alles vergessen. Sein Alter kam ins Theater, allem Anschein nach als der Bekehrte, der ohne Zweifel von den Wellen der Bewegung mit fortgerissen war! Das genügte, um ihn glücklich zu stimmen.

„Ich danke dir für diese Auszeichnung, lieber Vater . . . und Ihnen Durchlaucht, für die große Ehre." Glinka hatte die gleiche Absicht gehabt wie der alte Trost, und als sie sich im Hotel begegnet waren, hatten sie nach kurzer Verständigung denselben Weg genommen.

Silvester wollte sie nach der Fremdenloge im ersten Rang führen, wo hinter der Gardine wenigstens der Geheimrat so ziemlich unsichtbar bleiben konnte. Aber schon hatte sie Burghorst, der große Burghorst, der natürlich nicht fehlen durfte, im Wandelgang bemerkt und begann vor den hohen Leuten zu dienern. Und sofort tat er so, als könnte dieser Besuch nur ihm gelten.

„Herr Geheimrat, ich hatte bereits den großen Vorzug in Wiesbaden . . . Durchlaucht werden sich meiner Wenigkeit noch von Kissingen her entsinnen", ließ er seine Stimme mit dem scharfen „R" rasselte, wobei eine tiefe Rückenkrümmung vor dem Eisenkönig erfolgte, und eine noch tiefere vor dem Prinzen. Den glänzenden Zylinder behielt er in der Hand, während er gleichen Schritt mit ihnen hielt. „Ich schätze mich außerordentlich glücklich, die Herren wieder in meinem Theater begrüßen zu können. Darf ich bitten, in der Königlichen Loge Platz zu nehmen." Das Hofmarschallamt hatte ihm zwar längst diese Bevorzugung entzogen, aber die große erste Rangloge links, die unter der Brüstung noch verschwenderisch die Goldstickerei auf Purpursammet zeigte, führte noch immer diese alte Bezeichnung.

Silvester gab ihm den nötigen Wink, und so dienerte Burghorst die Herren in seine Loge hinein.

„Die Carlow wird groß sein, geradezu blendend, Herr Geheimrat", fuhr er eifrig fort, weil er voraussetzte, dem Industriegewaltigen damit eine Freude zu bereiten.

Trost senior lächelte krampfhaft und fand kein Wort der Erwiderung. Burghorst jedoch sprach achtlos weiter, indem er sich gleichsam als Vertrauten aufspielte: „Kennen Sie diese vorzügliche Künstlerin schon, „mein" Prinz? Vielleicht interessiert es Durchlaucht, zu erfahren, daß ich dieses herrliche Talent entdeckt habe. In Wiesbaden schon . . . Ich war es, Herr Geheimrat, der Ihren Herrn Sohn darauf aufmerksam machte." Während er ihn vielsagend anblickte, spielte der Schalk in seinen Augen. „Ich gratuliere Ihnen zu diesem grrroßen Talent in Ihrer Familie. Eine Begabung, die er nur vom Vater geerbt haben kann, nur vom Vater, wenn auch in anderer Richtung. Ein Witz liegt im Dialog, ich versichere Sie — eine Charakteristik hat er, — eine Satire, die geradezu — ich würde an Moliene denken, wenn wir es hier nicht mit einem durchaus selbständigen Talent zu tun hätten. Es wird ein literarisches Ereignis in meinem Theater, man wird das Stück unter allen Umständen halten müssen — unter allen Umständen. Selbst wenn es Opfer erforderte."

(Fortsetzung folgt.)

Abg. **Willi** (Soz.):

Es ist bedauerlich, daß der Herr Staatsminister nicht schon in der Budgetkommission die Bedenken geltend gemacht hat, die er heute hier vorgebracht hat. Denn dort wäre die Möglichkeit gewesen, die Bedenken zu prüfen. Heute ist es schwer für den Nichtjuristen, zu untersuchen, ob die so plötzlich vorgebrachten Bedenken eine reale Unterlage haben. Wir sind der Meinung, daß die Aufrechterhaltung der Gesandtschaften in München und Berlin nicht notwendig ist. Die Einrichtungen geschahen damals gegen unseren Willen. Wenn man nun sagt, es bestünden rechtliche Bedenken, eine Position, die früher geschaffen und bewilligt worden, nun durch Streichung wieder aufzuheben, so würde das zu ganz bedenklichen Konsequenzen führen. Die Volksvertretung kann doch nicht für alle Zeiten gebunden werden, sondern sie muß mit derartigen veralteten Einrichtungen aufräumen können, wenn sie es für notwendig hält. Man hat auch politische Gründe angeführt, die Nationalliberalen hätten unter dem Einfluß des Großblocks ihre Stellung geändert. Wir haben die nationalliberale Partei in keiner Weise beeinflußt. Die Sinnesänderung der nationalliberalen Partei mag darauf zurückzuführen sein, daß man vor zwei Jahren so wenig wie heute sachliche Gründe für die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der beiden Gesandtschaften beibringen konnte.

Aus dieser Frage hätte man keine Staatsaktion zu machen brauchen. Der Herr Staatsminister hat staatsrechtliche Gründe vorgebracht, das heißt doch mit Kanonen nach Spatzen schießen. Wenn die Volksvertretung der Ansicht ist, daß die Mittel für eine Institution, die unnötig ist, verweigert werden sollen, so muß sie das Recht haben, diesem Willen auch Ausdruck geben zu können. **Ich würde es als eine Verletzung des Budgetrechts des Landtags betrachten, wenn man ihm verbieten wollte, derartige Aenderungen vorzunehmen.** Eine derartige Institution kann doch nicht für alle Zeiten geschaffen sein. Der sächsische Staatsminister hat staatsrechtliche Bedenken nicht vorgebracht bei Behandlung der Frage im sächsischen Landtag. Er hat vielmehr ausdrücklich zugegeben, daß eine Notwendigkeit zur Aufrechterhaltung der Gesandtschaften nicht einzusehen ist. Ein sächsischer Nationalliberaler, der also nicht vom Großblock beeinflußt ist, hat sich geäußert, daß der Gesandte in München weiter nichts zu tun hat, als die Löcher im Schweizerkäs zu zählen, den er ißt.

Der Herr Staatsminister hat nun einen Fingerzeig gegeben, wie die Angelegenheit erledigt werden könne, er hat vorgeschlagen, eine Resolution des Hauses der Regierung zu übermitteln. Wir können uns mit diesem Wunsch des Ministers nicht befreunden. Wenn man mit Resolutionen, die aus dem Hause der Regierung unterbreitet worden sind, z. B. der Wunsch des Hauses, 100 000 Mk. für die Arbeitslosenunterstützung einzusetzen, nicht so schlimme Erfahrungen gemacht hätte, so könnte man vielleicht den Wunsch des Ministers erörtern. Die gemachten schlechten Erfahrungen bestimmen uns aber dazu, an unserem Antrag festzuhalten. Die Gründe, die für die Aufrechterhaltung vorgebracht worden, sind nicht neu, es sind dieselben, die auch vom früheren Staatsminister vorgebracht worden sind. Die heutigen Verkehrsverhältnisse sind doch derartige, daß es für die Regierungen ein leichtes ist, sich über bestimmte Fragen zu verständigen. Es gibt da doch viel billigere Wege, als die hohen Kosten einer Gesandtschaft. Die Landesangehörigen in einem anderen Staate haben heute Mittel und Wege und Gelegenheit genug, bei Rat, Hilfsbedürftigkeit usw. sich bei anderen Institutionen Auskunft zu holen. Für uns handelt es sich darum, ob die Mittel der Steuerzahler benützt werden sollen für die Erhaltung von Einrichtungen, die überflüssig und nicht mehr als notwendig zu betrachten sind. Von einer Unfreundlichkeit gegenüber einem anderen Staat, wie man auch ausgeführt hat, kann aber gar keine Rede sein, mit keinem Worte ist in den Debatten irgendwie ein anderer Staat hereingezogen worden. Bayern wird uns sicher nicht mit Krieg überziehen, wenn wir die badische Gesandtschaft aufheben.

Wir stellen weiter den Antrag, die angeforderten 25 000 Mk. für Orden und Medaillen zu streichen. Wir wissen, daß in weiten Kreisen der bürgerlichen Parteien unserem Antrag Widerstand entgegengesetzt werden wird. Dort ist man der Ansicht, daß die Auszeichnung mit Orden und Ehrenzeichen ein schönes Gefühl auslöst. Man darf aber nicht vergessen, daß man nicht immer eine Gewähr hat, ob diejenigen, die ausgezeichnet werden, sich auch ein wirkliches Verdienst erworben haben. Es ist nicht immer das Verdienst, das ausgezeichnet wird, sondern oft erhalten Leute Auszeichnungen ohne jede besondere Leistung. Es gibt Leute, die sich ihre Auszeichnung ersessen haben. Die Arbeiter, die jahrelang arbeiten, erhalten keine Auszeichnungen, **sie verzichten auch darauf, sie wollen lieber einen anständigen Lohn.** Der Arbeiter erhält als Auszeichnung, wenn er sich abgeschafft hat, eine ungenügende Rente oder er wird, wenn er sich ein Wort gegen die Vorgesetzten erlaubt, auf die schwarze Liste gesetzt. Derjenige, der seine Pflicht getan hat, fühlt sich durch das Bewußtsein, seine volle Pflicht getan zu haben, ausgezeichnet genug. **Wenn es Leute gibt, die Wert auf eine Auszeichnung legen, so sollen sie diese auch zahlen.** Wenn man den Wahlspruch: „Gerechtigkeit ist Macht" zu einem Wahrspruch machen will, dann sollte man nicht das Geld der Steuerzahler für solche Zwecke verwenden, die von der Mehrheit für unnötig und überflüssig betrachtet werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **König** (natl.): Regierung und Volksvertretung haben sich in der Auffassung zusammengefunden, daß im Staatshaushalte gespart werden soll. Die Regierung hat das auch getan, trotz entgegenstehender Wünsche von seiten der Gemeinden und der Beamten. Sie hat dabei unsere Billigung gefunden. Ganz auf dem Boden dieser Anschauung haben wir die vorliegende Frage geprüft. Dabei waren für uns nur sachliche Motive ausschlaggebend, frei von jeder Unfreundlichkeit gegen die bayerische Regierung. Ich möchte das besonders betonen, um allen Mißdeutungen vorzubeugen. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Wir haben nach unserer vollen Ueberzeugung gehandelt. Ich kann es nur bedauern, daß der Abg. Kopf kein Verständnis dafür hat, daß man aus ehrlicher Ueberzeugung auch zu einer anderen Auffassung gelangen kann. Dem Abg. Kopf möchte ich zu bedenken geben, es sich zu überlegen, ehe er Behauptungen aufstellt, die die Ehre des Gegners verletzen. Ich würde mir daraus ein Gewissen machen. Es wurde auf die staatsrechtliche Seite der Sache hingewiesen und betont, daß das Budgetrecht seine Grenzen habe. Ich gebe das bis zu einem gewissen Grade zu, aber ich muß bemerken, daß wenn wir nicht den Beschluß fassen können, eine Position abzulehnen, wir eigentlich umsonst hier sind. (Sehr richtig! links.) Es wird Sache der Regierung sein, die Konsequenzen aus dem Beschlusse des Hauses zu ziehen. In unserem Verhalten liegt nichts anderes, als die Erfüllung einer Pflicht. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Muser** (Fortschr. Volksp.): Namens meiner Fraktion kann ich erklären, daß wir dem Antrage der Kommission zustimmen werden. Was die Gesandtschaft in Berlin betrifft, kommt bei ihr in Betracht, daß der Gesandte gleichzeitig Vertreter der badischen Regierung im Bundesrate ist. Das trifft bezüglich der Münchener Gesandtschaft nicht zu. Es handelt sich hier um die verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretung. Die Position für die Gesandtschaft in München besitzt ihre Grundlage in der budgetmäßigen Bewilligung. Wenn die Position gestrichen wird, besteht diese Grundlage nicht mehr. Die Einrichtung in München basiert weder auf einem Gesetz noch auf einem privatrechtlichen Vertrag. Die Einschränkung des Budgetrechts ergibt sich nur durch gewisse gesetzliche und privatrechtliche Voraussetzungen. Nach der Auffassung der Juristen steht den Landständen der freie Wille zu, das Budget im ganzen oder in einzelnen Teilen zu genehmigen oder abzulehnen. Sie ist nur durch Gesetz oder Privatrecht gebunden. Ich kann es nur bedauern, daß bei einer so wichtigen prinzipiellen Frage, bei der es sich um die Wahrung der Rechte der Volksvertretung handelt, die Linke allein vorgehen muß und nicht ein einheitlicher Beschluß des Hauses zustande kommen kann. (Beifall links.)

Abg. **Gierich** (kons.) erklärte, daß er auf die Rechtsfrage der Angelegenheit nicht eingehen will, schon deshalb, da der Standpunkt, den der Staatsminister vertreten hat, begründet erscheint. Seit Errichtung der Gesandtschaft in München haben sich die Verhältnisse nicht derart geändert, daß die Aufhebung derselben notwendig geworden ist.

Abg. **Kopf** (Ztr.) verteidigte den von ihm schon vertretenen Standpunkt, wobei er bemerkte, daß er seine Auffassung in keiner Weise ändere.

Staatsminister Dr. Frhr. **v. Dusch** ging noch einmal auf die von ihm erörterten Gesichtspunkte bezüglich der rechtlichen Seite der vorliegenden Frage ein und ersuchte das Haus wiederholt, die von ihm vorgetragenen Gründe für die Ablehnung des Antrages der Kommission zu prüfen. Die Regierung sucht keinen Konflikt, sie hält es aber für ihre Pflicht, auf die rechtlichen Bedenken hinzuweisen, welche dem Kommissionsantrage entgegenstehen. Zu dem Antrag Kolb u. Gen. möchte ich bemerken, daß die Ordensverleihung als ein Ehrenrecht der Krone betrachtet wird. Dieses Recht wurde bisher in einer Weise ausgeübt, daß es nicht zu beanstanden war. Das Recht besteht und der Landtag hat die Verpflichtung, die Mittel zu bewilligen. Er hat sich dieser Pflicht auch nie entzogen.

Abg. **Kolb** (Soz.):

In dieser Frage entscheidet das Parlament und nicht die Staatsrechtslehrer. Die Doktrin stellt sich nachträglich immer auf den Boden der Praxis. Das Zentrum hat keinen Anlaß, auf den Umfall der Nationalliberalen abzuheben, denn so oft wie das Zentrum ist noch keine Partei umgefallen. Im Elsaß hat es innerhalb zweier Tage seine Stellung in einer wichtigen Frage vollständig geändert. Auf dem letzten Landtag hat ein Mitglied des Zentrums mit uns gestimmt, der Abg. Görlacher. Wenn sachliche Gründe maßgebend wären, dann würden sicher noch mehr Männer im Zentrum mit uns stimmen. Wenn der Staatsminister eine halbe Stunde sich abmüht, sachliche Gründe für die Aufrechterhaltung der Gesandtschaften vorzubringen, ohne sachliche Gründe vorbringen zu können, so ist das der beste Beweis für die Berechtigung unserer Forderung. Man hat nur Redensarten vorgebracht, wodurch die Berechtigung unseres Antrages nur bestätigt wird. Die nationalliberale Fraktion hat sachliche Gründe für ihre jetzige Stellungnahme vorgebracht. Sie hat da nur die Sparsamkeitspolitik der Regierung befolgt. Es ist keine Schande, wenn eine Fraktion einsieht, daß ihre frühere Stellungnahme falsch war. Es handelt sich hier um kein Gesetz, wir können jederzeit das Geld verweigern, wenn wir der Ansicht sind, daß die Ausgabe unnütz ist. Das Zentrum benützt die Gelegenheit wieder, um seine Gegnerschaft gegen den Großblock zum Ausdruck zu bringen. Nicht wir handeln hier aus politischen Gründen, sondern das Zentrum. Wenn bei dieser Partei politische Gründe nicht vorherrschen würden, dann würde sie wahrscheinlich eine andere Stellung einnehmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Venedey** (Fortschr. Volksp.): Auch ich will mich auf die Erörterung rechtlicher Fragen nicht einlassen. Ich trete dem, was der Abg. Muser ausführte, bei und ich kann auch die Ausführungen des Abg. König billigen. Ob, was und wieviel bewilligt wird, ist Sache der Kammer. Bezeichnend ist es, daß die Regierung, die sich eine liberale nennt, in ihrer Haltung unterstützt wurde, durch das Zentrum und die Konservativen. Es ist das eine Erscheinung, die wir nicht das erste Mal erleben und es ist nicht neu, daß die konservativ-klerikale Seite dieses Hauses der Regierung beispringt. (Große Unruhe bei dem Zentrum. Zwischenrufe: Liebesgabe, Unverschämtheit!) Es muß das vor dem Lande festgenagelt werden. (Erneute Unruhe und Zwischenrufe beim Zentrum.) Ihre Zwischenrufe stören mich nicht, auch die nicht des Abg. Seubert. (Abg. Seubert: Ich habe keinen Zwischenruf gemacht.) Der Abg. Kopf hat einen Widerspruch festzustellen versucht zwischen Mitgliedern unserer Partei. Es ist das von Zentrumsseite schon des öfteren geschehen, und es liegt darin ein gewisses System uns gegenüber. Keinen größeren und klaffenderen Widerspruch gibt es aber nicht, als in der Haltung des Zentrums im Lande draußen und hier in diesem Hause. Dort benimmt sich das Zentrum als eine Oppositionspartei und greift die Regierung an auch in seiner Presse. Wir kennen ja die Artikel gegen den Staatsminister v. Dusch, gegen den „Genossen" von Bodman und gegen den Minister Böhm, den man als Jungliberalen gekennzeichnet hat. Wenn das Zentrum nun aber seine wackelnde Popularität wieder gefestigt, seine Sitze gerettet und wieder hier im Hause ist, dann zeigt es sich als Freund der Regierung, der es bei jeder Gelegenheit beispringt. (Große Unruhe beim Zentrum, lebhafte Zustimmung links.) Diese Politik des doppelten Gesichtes muß festgestellt werden, und ich habe es für nötig gehalten, bei der heutigen Stellungnahme des Zentrums darauf hinzuweisen. (Lebhafte Zustimmung links.) Ich hoffe, daß das badische Volk das Janusgesicht des Zentrums und seine doppelte Politik erkennt und sie sich nicht länger gefallen läßt. Beifall links, große Unruhe beim Zentrum.)

Abg. **König** (natl.): Der Abg. Kopf hat den gegen uns erhobenen Vorwurf noch einmal wiederholt. Ich bedauere es, daß er das Maß politischer Voreingenommenheit nicht so weit herabzumindern vermochte, daß er die ehrliche Ueberzeugung eines Gegners anerkennt. Namens meiner politischen Freunde bezeichne ich die Ausführungen des Abg. Kopf als eine Verdächtigung, die ich zurückweise. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen. — Präsident: Den Ausdruck Verdächtigung kann ich nicht zulassen.)

Abg. Dr. **Schofer** (Zentr.) trat den Ausführungen des Abg. Kopf bezüglich der Erhaltung der Gesandtschaft in München bei und wendete sich sodann gegen verschiedene Ausführungen der Abgg. Kolb und Venedey in zum Teil leidenschaftlicher Weise, was den Abg. Kolb zu dem Zwischenruf veranlaßt: „Warum regen Sie sich denn so auf?" Bezüglich des Abg. Venedey bemerkte der Redner: Der Abg. Venedey hat gesagt, die Zentrumspartei sei eine Partei mit doppeltem Gesicht. Wenn das keine Beleidigung ist, dann weiß ich nicht mehr, was eine Beleidigung sein soll. (Heiterkeit links.) Ich protestiere gegen eine solche Aeußerung, die ich mit aller Entschiedenheit zurückweise. Die Sozialdemokratie hat kein Recht, uns Vorwürfe zu machen, daß wir in verschiedenen Fragen umfallen. Sie hat gegen ihre Grundsätze für das Klassenwahlrecht zur Gemeindeordnung und beim Landwirtschaftskammergesetz für das Pluralwahlrecht gestimmt. (Höhnisches Bravo! bei den Sozialdemokraten. Beifall beim Zentrum.)

Es folgten noch kurze Bemerkungen der Abgg. **Hummel** (Fortschr. Volksp.), Dr. **Schofer** (Zentr.) und **Kolb** (Soz.), der bemerkte, daß er zu den Ausführungen des Abg. Schofer nur eines sagen wolle: Theologie gut, staatsrechtliche und politische Logik unter aller Kritik. (Der Präsident rügt diesen Ausdruck). Damit schließt die Debatte.

Abg. **Venedey** (Fortschr. Volksp.) bemerkt persönlich: Ein Zwischenruf ist von dem Abg. Seubert nicht gemacht worden und meine diesbezüglichen Aeußerungen waren deshalb unzutreffend. Der Abg. Neuhaus hat aber den Zwischenruf „unverschämt" gemacht. (Abg. Neuhaus: Jawohl, denn es ist eine Unverschämtheit, uns Klerikale zu nennen.) Ich will darauf nicht eingehen; diese Aeußerung ist bezeichnend für den Bildungsgrad des Hern Neuhaus. (Zustimmung links.)

Der Antrag Kolb wurde hierauf mit großer Mehrheit abgelehnt und darnach der Kommissionsantrag genehmigt, sowie der Antrag der Kommission auf Aufhebung der Gesandtschaft in München mit 40 gegen 24 Stimmen angenommen.

Nach Erledigung einiger unwesentlicher Petitionen wurde die Sitzung geschlossen. — Nächste Sitzung: Freitag 9 Uhr. — Tagesordnung: Petitionen.

Deutscher Reichstag.

57. Sitzung vom 9. Mai 1912.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung der kleinen Strafrechts-Novelle.

Abg. **Mertin** (Rp.) bedauert, daß bei der Bestrafung von Telephonvergehen mildernde Umstände ausgeschlossen sind.

Abg. **Wellstein** (Zentr.): Diese Fälle sind so selten, daß die Frage keine praktische Bedeutung hat.

Abg. Dr. **Arendt** (Rp.) beantragt, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen.

Der Antrag wird abgelehnt und die Novelle endgültig angenommen.

Der Gebührentarif für den Kaiser-Wilhelm-Kanal wird in erster und zweiter Lesung angenommen.

Hierauf wird die Beratung des Etats für das Reichsschatzschatzamt fortgesetzt.

Die Abgg. **Schöpflin** (Soz.) und **Arnstadt** (kons.) treten für die Veteranen ein.

Abg. **Bruckhoff** (f. Vp.) fragt, was mit den drei Gesetzentwürfen zugunsten der alten Krieger geschehen ist, die 1910 beschlossen worden sind. Ein Veteran sei abgewiesen worden, weil er sich bei der Wahl des liberalen Abgeordneten zu stark beteiligt hätte. (Hört, hört! links.)

Abg. **v. Oertzen** (Rp.): Die Veteranenbeihilfe sollte auf 180 Mk. erhöht werden. Auf den politischen Standpunkt kommt es nicht an.

Noch eine große Reihe von Rednern treten sämtlich für die Veteranen ein, auch der Abg. Prinz Schönaich-Carolath erneuert seinen gestrigen Appell an die Regierung. Der Vorschlag, die Beihilfe auf 180 Mk. zu erhöhen, ist durchaus dankenswert.

Schatzsekretär **Kühn**: Ich habe für die Teilnehmer an den großen Kämpfen des verflossenen Jahrhunderts, also für meine alten Kameraden, mit denen ich einst selbst hinausgezogen bin, stets ein warmes Herz gehabt. Auch der Bundesrat hat alles getan, um den alten Kriegern zu helfen. Vorläufig kann ich keine Hoffnung auf weitere Zugeständnisse machen. Die Hauptsache ist jetzt, daß die Verordnungen weitherzig und wohlwollend angewandt werden.

Der Etat des Reichsschatzamtes wird erledigt. — Zum Etat über den allgemeinen Pensionsfonds fordert eine Resolution Brandys (Pole) eine Erhöhung des Ruhegehaltes der Altersspensionäre.

Abg. **Erzberger** (Zentr.) bedauert als Berichterstatter, daß Militärapotheker pensioniert werden, weil sie nicht mehr feldDienstfähig sind. Wie steht es mit der vorjährigen, mit der fast einmütig beschlossenen Resolution, die eine Aenderung der Zivilversorgung der Militäranwärter verlangt, insbesondere ihre Ansiedelung.

Generalmajor **Bacmeister**: An die Militärdienstfähigkeit der Apotheker stellen wir nicht zu hohe Anforderungen. Die Unterstützungen für die Kriegsveteranen sind kürzlich auf Grund einer Vereinbarung mit dem Reichsschatzamt um 20 % erhöht worden. Die Zivilversorgung hält die Militärverwaltung für eine Lebensfrage der Armee, deshalb sucht die Verwaltung sie so günstig wie nur möglich zu gestalten. Der Militäranwärter ist nach 12jähriger Dienstzeit nicht mehr sonderlich befähigt, Ansiedler zu werden.

Sächsischer Generalmajor Frhr. **v. Weißdorf** erwidert dem Abg. Erzberger, der die Pensionierung eines sächsischen Militär-Apothekers getadelt hatte, die Militärverwaltung muß darauf sehen, daß die Militärbeamten felddienstfähig sind.

Ein Vertreter des Marineamtes gibt für die Marine eine ähnliche Erklärung ab.

Abg. **Siebenbürger** (kons.) tritt für die Alterspensionäre ein.

Abg. **Götting** (natl.) unterstützt die Wünsche der Kriegsinvaliden und Altpensionäre.

Abg. **Liesching** (f. Vp.) betont, daß die ärztlichen Zeugnisse aufs gewissenhafteste ausgefüllt werden müssen, dann würde auch die Zahl der Pensionierungen geringer werden.

Abg. Dr. **Struve** (f. Vp.) empfiehlt die Zuziehung des Schularztes zu den Aushebungen. Tüchtige Unteroffiziere sollten auf dem Lande angesiedelt werden.

Generalmajor **Bacmeister** erklärt, daß die weiblichen Beamten, soweit sie nicht nur als Hilfsbeamtinnen angestellt sind, nur in solche Stellen kommen, für die kein Militäranwärter sich gemeldet hat.

Die Altpensionäre-Resolution wird angenommen. — Es folgt der Etat des Reichstages. Eine Resolution Bassermann fordert für die Abgeordneten freie Fahrt während der Dauer der Legislaturperiode auf den deutschen Eisenbahnen.

Abg. **Kunert** (Soz.)

fordert eine Volksausgabe der stenographischen Berichte. (Zuruf: Damit die Reden noch länger werden.) Redner spricht dann gegen den Bundesrat, der den Reichstag schlecht behandle. Der Reichskanzler sei nicht allein schuld, er sei nur der Vertreter eines gekrönten Dilettanten, der nur willenlose Kreaturen um sich haben wolle. (Stürmische Entrüstungsrufe. — Präsident Kämpf erteilt dem Redner zwei Ordnungsrufe.)

Abg. **Erzberger** (Zentr.) stimmt der Resolution Bassermann zu.

Abg. **Paasche** (natl.) spricht dem Direktor des Reichstags seine Anerkennung aus. Das Diätengesetz bedarf der Ergänzung. Wir werden behandelt, besoldet, wie Abgeordnete in keinem Lande.

Abg. **Haase** (Soz.) stellt fest, daß der Abg. Kunert die Klagen über die Verwaltung des Hauses nicht im Namen der Fraktion vorgebracht habe, die die Arbeitsleistung der Verwaltung ausdrücklich anerkennt.

Die Resolution Bassermann wird einstimmig angenommen.

Freitag 1 Uhr: Wahlprüfungen, Wehrvorlagen und Militär-Etat.

Schluß 8¼ Uhr.

Werfet gelesene Nummern nicht weg, sondern gebt sie zur Agitation weiter.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Badische Politik.

Der „heilige Sebastian" und die Maul- und Klauenseuche.

Die „Rastatter Zeitung" stürzt sich gewaltig in Entrüstungsunkosten, weil wir in Nr. 106 unter „Landwirtschaftliches" glossierten, daß ein bayr. Zentrumsblatt, die „Amberger Volkszeitung", in seiner Nummer vom 25. April als unfehlbares Mittel gegen die immer stärker auftretende Maul- und Klauenseuche die Fürbitte zum heiligen Sebastian empfohlen hat. Darob ist die „Rastatter Zeitung" ganz außer Rand und Band und meint, wir hätten damit „in unsagbar frecher Weise die Heiligenverehrung der kath. Kirche verhöhnt.".

Mit Verlaub! Das ist nicht die Tendenz unseres Artikels. Wir wollten damit beim Landwirtschaft treibenden Teil unserer Leser nur Aufklärung schaffen darüber, daß es gefährlich und unsinnig wäre, die Bekämpfung einer verheerenden Seuche einem Heiligen zu überlassen anstatt kräftig die Mittel der Wissenschaft anzuwenden. Der „Bad. Beobachter" hat z. B. kein Wort zu dieser Notiz geäußert. Wir sind überzeugt, daß er in diesem Sinne auch die Tendenz des betreffenden Artikels billigt. Derselbe hat sich unseres Erinnerns schon selbst energisch gegen den vielfach beim Landvolke in diesen Dingen noch herrschenden Aberglauben gewandt.

Armer Wacker.

Der Wahlerfolg der Sozialdemokratie bei den letzten Reichstagswahlen hat bewirkt, daß der geistliche Rat Wacker Tag und Nacht keine Ruhe mehr hat. Am 5. Mai hat er in einer Versammlung des katholischen Volksvereins in Ravensburg eine Rede gehalten über „Die Gefahr der Sozialdemokratie", die er augenblicklich, in verschiedenen Fortsetzungen natürlich, in seinem Blatte, der Freiburger „Tagespost", veröffentlicht. Bis jetzt sind erst zwei Abschnitte erschienen und noch immer heißt es „Schluß folgt". Nach dem, was er bisher veröffentlichte, hat Herrn Geistl. Rat Wacker die schlotternde Angst gepackt. Er bezeichnet die mit mathematischer Sicherheit fortschreitende Entwicklung der Sozialdemokratie als eine „große öffentliche Gefahr", die aus dem „Vergiftungsprozeß" der sozialistischen Presse immer neue Nahrung findet. Er meint:

> Die sozialdemokratische Presse hat seit geraumer Zeit eine Bewegungsfreiheit erreicht, durch welche sie Unglaubliches schreiben darf, ohne belästigt zu werden und die schlimmste Gefährdung der wichtigsten Interessen des Staates und unserer Gesellschaftsordnung mit sich bringt. Wir haben die Aera des Sozialistengesetzes durchlebt; wir vom Zentrum waren Gegner desselben, und wir haben es als großen Fehler betrachtet. Diese Ueberzeugung hat dann auch dahin geführt, daß das Gesetz wieder abgeschafft worden ist. Was wir aber jetzt in Sachen der Bewegungsfreiheit der Sozialdemokratie erleben müssen, ist ungleich größer und in seinen Folgen schlimmer als im Jahre 1878. Es läßt sich überhaupt gar nicht ermessen, wieviel Unheil die Verführungsarbeit der Sozialdemokratie in den Köpfen von Tausenden und Abertausenden bereits angerichtet hat.

Uns scheint, daß hauptsächlich die kräftige Entwicklung unseres Freiburger Parteiblattes, der „Volkswacht", es Herrn Wacker angetan hat, hauptsächlich deren letzte Mainummer von 28 Seiten Umfang (12 Seiten Text und 16 Seiten Inserate). Daher seine heulende Lamentation über die vielen Inserate in der sozialdemokratischen Presse und das schlechte Inseratengeschäft bezw. das schlechte Geschäft der Zentrumspresse allgemein (Freiburger „Tagespost"?) Aus seinen Ausführungen spricht deutlich der heiße, verschämte Wunsch nach einem neuen Sozialistengesetz, damit der unangenehme Konkurrent beseitigt wird. Daß Herr Wacker damit die innere Ohnmacht der bürgerlichen Gesellschaft anerkannt, scheint er in seiner Wut und Aufregung ganz zu vergessen.

In der zweiten Fortsetzung rechnet Herr Wacker aus, daß das deutsche Volk über kurz oder lang auf eine sozialdemokratische Mehrheit im deutschen Reichstag sich gefaßt machen muß. Er schreibt bezw. sagte:

> Es wäre das ja weniger bedenklich, wenn man nicht sagen müßte, und darauf lenke ich Ihre Aufmerksamkeit, daß die Sozialdemokratie die Partei des ständigen Anwachsens ist, nicht bloß an sich, sondern auch verhältnismäßig. Man kann mit größter Sicherheit darauf rechnen, daß die Zahl der Wahlkreise mit beunruhigender Stimmenstärke der Sozialdemokratie schon in den nächsten zehn Jahren abermals bedeutend angewachsen sein wird, wie sie in den letzten zehn Jahren seit 1903 besorgniserregend angewachsen ist. Die Zahl der Wahlkreise mit einer sozialdemokratischen Stimmenstärke von mehr als 40 Prozent hat im Januar 93 betragen. Wenn wir abermals zwei Schlachten geschlagen haben werden, also im Jahre 1922, wenn wir es erleben und keine Reichstagsauflösung dazwischen kommt, und die Dinge verhältnismäßig den gleichen Entwicklungsgang weiter nehmen, dann wird es nach zehn Jahren statt 93 Wahlkreisen mit höchst beunruhigender Stimmenstärke der Sozialdemokratie deren zwischen 140 und 150 geben.

Da wird am besten sein, Herr Wacker wird auch Sozialdemokrat, dann wird er die ganze Angst wegen des Anwachsens unserer Partei los. Genosse Wacker wird sich dann überzeugen, daß sich auch mit uns ganz gut leben läßt.

Der politische Kampf im Gerichtssaal.

Konstanz, 8. Mai. Während des Wahlkampfes anläßlich der Reichstagsersatzwahl im Oktober v. Js. und der Reichstagswahlen im Januar wurde der Kandidat der Liberalen im 1. Reichstagswahlkreis, Landtagsabgeordneter Schmid, von den Zentrumsblättern unserer Gegend in schwerer Weise persönlich angegriffen. Er verklagte deshalb die „Freie Stimme", den „Linzgaubote" und die „Konstanzer Nachrichten". Nachdem die Redakteure dieser Zentrumsblätter die Verhandlung wiederholt hinauszuschieben suchten, gingen sie jetzt einen Vergleich ein, durch welchen sie erklären, daß sie die Beleidigungen und Vorwürfe gegen den Abg. Schmid unter dem Ausdruck des Bedauerns als durchaus haltlos zurücknehmen und sämtliche Gerichts- und Anwaltskosten zahlen.

Die Hauptsache ist, daß die Dickköpfigkeit und Lügenhaftigkeit der Zentrumspresse wieder einen gehörigen Dämpfer bekommen hat.

Aus dem Landtag.

Die Budget-Kommission

setzte gestern die Beratung des Eisenbahnbaubudgets fort. Die erste Teilforderung zur Erbauung einer neuen Werkstätte bei Mannheim im Betrage von 1 350 000 ℳ (Gesamtbetrag 4 651 000 ℳ) wird genehmigt, nachdem von Regierungsseite die bindende Erklärung abgegeben wurde, daß die von Mannheim nach der neuen Werkstätte bei Schwetzingen zu versetzenden Arbeiter in ihren Lohnbezügen nicht zu Schaden kommen sollen. Die Arbeiter der Baseler Werkstätte, welche nach Haltingen versetzt werden, bleiben in der Ortsklasse I. Bei Beratung des Gesetzentwurfs über den Bau einer Eisenbahn von Titisee nach St. Blasien entspann sich eine lebhafte Debatte über die beiden vorgeschlagenen Linien und etwa noch zu bauende Stichbahnen. Das von der Regierung vorgeschlagene Projekt wird einstimmig angenommen. Eine Resolution bezw. Antrag wegen Fortführung der Linie nach dem Rheintal und der von Stichbahnen wird mit Mehrheit abgelehnt. Die Mehrheit hielt es nicht für zweckmäßig, diese Wünsche, die schon von früheren Landtagen ausgesprochen wurden, nochmals festzustellen.

Eine Petition des Stadtrats Karlsruhe und verschiedener Hardtgemeinden wegen Bewilligung eines Staatszuschusses zur Erbauung einer elektrischen Bahn von Karlsruhe nach Rußheim wird der Regierung in dem Sinne empfehlend überwiesen, daß, soweit die geplante Linie von Linkenheim nach Rußheim in Betracht kommt, ein Staatszuschuß geleistet wird.

Zweiter proletarischer Frauentag

am kommenden Sonntag den 12. Mai.

Im vergangenen Jahre nahm die Demonstration der Frauen für ihre Rechte einen durchaus befriedigenden Verlauf. Die Versammlungen waren gut besucht und zahlreiche neue Mitglieder für die politische Organisation der Arbeiterschaft wurden gewonnen. Aber Tausende Proletarierinnen stehen noch abseits! Ihnen allen muß zum Bewußtsein gebracht werden, daß nur im Zusammenschluß mit den Männern in der Partei die allein ihre Interessen vertritt, sie ihre Gleichberechtigung erringen können.

Der Frauentag gilt der Erringung des Frauenwahlrechts!

Daher ist es Pflicht aller Arbeiterinnen und Arbeiter, auf nächsten Sonntag allüberall in Stadt und Land für einen Massenbesuch der Versammlungen zu agitieren. An alle klassenbewußten Genossen und Genossinnen ergeht deshalb der Ruf:

Rüstet zum Frauentag!

Aus der Partei.

Bulach, 10. Mai. Samstag, 11. Mai, abends ½9 Uhr, findet in der „Krone" die Versammlung des sozialdem. Vereins mit Vortrag statt. Thema: „Demokratie". Referent: Rechtsanwalt Gen. Dr. Kullmann-Karlsruhe. Hierzu sind die Parteigenossen und Volksfreundleser freundlichst eingeladen. Pünktliches Erscheinen dringend nötig.

K. **Grünwettersbach**, 9. Mai. Am kommenden Montag verläßt unser Parteigenosse Julius Fribolin mit Familie und seinem schon 72 Jahre alten Schwiegervater unsere Heimat, um sich, wie schon mancher unserer Parteifreunde in Baden, in Brasilien eine neue Heimat zu suchen. Wir verlieren in dem scheidenden Genossen einen überzeugungstreuen und aufrechten Anhänger unserer Sache. Bei allen Parteiarbeiten war er immer mit dabei und können wir ihm für die eifrige Pflichterfüllung nur herzlich danken. Auch außerhalb der Partei hat sich Genosse Fribolin durch sein charaktervolles und bescheidenes Wesen viele Freunde und Achtung erworben. Wir wünschen ihm eine glückliche Reise und eine segensreiche Zukunft. Möge Gesundheit und Wohlergehen ihm und den Seinen beschieden sein. Genosse Fribolin darf versichert sein, daß in der Heimat Herzen schlagen, die sich seiner gerne erinnern werden und die sich freuen würden, wenn er ab und zu ein Lebenszeichen über den Ozean senden wird. In diesem Sinne unseren brüderlichen Gruß und Handschlag zum Abschied.

Söllingen, 9. Mai. Wir fordern hierdurch unsere Parteigenossen, besonders aber die Bürgerausschußkandidaten, auf, am Samstag abend den 11. ds. Mts., punkt ½9 Uhr, im „Grünen Baum" betreffs einer wichtigen Besprechung zu erscheinen. Kein Genosse darf fehlen. Genossen, agitiert für einen guten Besuch.

Gengenbach, 7. Mai. Der Wonnemonat Mai zieht manchen Arbeiter und Parteifreund hinaus in die Berge, in Feld und Wald. Gengenbach ist ein beliebter Ausflugsort und mancher Ausflüler, der über die Brandeck oder von der Moos herkommt, macht, bevor er mit der Bahn die Heimreise antritt, in unserem gastfreundlichen Städtchen Rast. Unsere Parteifreunde, welche nach Gengenbach kommen, möchten wir nun darauf hinweisen, daß in folgenden Wirtschaften der „Volksfreund" aufliegt bezw. wir Versammlungslokale haben: Wirtschaft zur „Badenia", Brauerei Willmann, Brauerei Bühler, Gasthaus zum „Engel", „Blume", „Linde", Mersischer Hof" und Wirtschaft Bühler. In Berghaupten: Wirtschaft zum „Adler". Richte sich jeder danach!

Oberkirch, 7. Mai. Die Parteigenossen von auswärts werden ersucht, folgende Gasthäuser bei ihren Ausflügen nach hier zu berücksichtigen: Gasthaus zum „Hirsch", „Pfauen", „Salmen", „Stadt Straßburg", „Sonne", „Greifen", „Löwen", „Badischer Hof", „Pflug", „Schlüssel" und „Sternen". Weiter in Tiergarten (Niederlehen) das Gasthaus zur „Schwarzwaldtanne". In diesen Geschäften liegt der „Volksfreund" auf. Auch die Genossen und Freunde unserer Presse am Platze sollten dies etwas mehr berücksichtigen.

Kommunalpolitik.

Aue bei Durlach, 7. Mai. Der Termin für die Bürgerausschußwahlen ist in nächste Nähe gerückt. Am nächsten Sonntag, 12. Mai, findet bereits die Wahl für die dritte Klasse statt. Die sozialdemokratische Fraktion des Bürgerausschusses hatte beantragt, auch die Wahl für die 2. Klasse auf einen Sonntag zu verlegen, allein die sozialdemokratische Fraktion denkt und der Gemeinderat lenkt. Durch die Verhältniswahl geht endlich das lange Streben der Arbeiterschaft, eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung auf dem hiesigen Rathaus zu erhalten, in Erfüllung. Bei unseren Gegnern konnte man bei jeder Bürgerausschußsitzung die Wahrnehmung machen, daß die Herren, von unserer Seite gestellte Anträge rücksichtslos und unbesehen niederstimmten. Die Frage der Abschaffung der Schulgelderhebung ist ein würdiges Kapitel nach dieser Richtung hin. Wir wollen heute nicht mehr das ganze Bild der Jämmerlichkeit der Rathausmehrheit in für die Gemeinde hochwichtigen Fragen behandeln. Der Wahltag ist der Zahltag! Die Entscheidung dürfte nicht schwer fallen, wenn sie die Tatsache berücksichtigen, daß die Sozialdemokratie auch in der Gemeinde, im Gegensatz zu unsern Gegnern, bei denen sehr oft private Interessen eine Rolle spielen, stets bestrebt ist, dem Allgemeinwohl der Einwohner zu dienen. Es ist deshalb auch tief beschämend, daß Arbeiter, die in den gleichen sozialen Verhältnissen leben wie ihre sozialdemokratisch gesinnten Kollegen und gleich diesen auch jeden Tag zur Fabrik müssen, sich dazu hergeben, gegen die Sozialdemokratie zum Bürgerausschuß zu kandidieren. Hoffentlich wird die Arbeiterschaft diesen Herren die richtige Quittung geben.

Die sozialdemokratische Partei hat für alle 3 Klassen eigene Listen aufgestellt. **Die Wahlzeit ist für die 3. Klasse auf Sonntag, 12. Mai, von vormittags 11—1 Uhr für den Wahlvorschlag auf 6 Jahre und von 1—3 Uhr nachmittags für den Wahlvorschlag auf 3 Jahre festgesetzt. Die 2. Klasse wählt am Montag, 13. Mai, von nachmittags 4—6 Uhr für den Wahlvorschlag auf 6 Jahre und von 6—8 Uhr für den Wahlvorschlag auf 3 Jahre. Die 1. Klasse wählt am Dienstag, 14. Mai, von 6—7 Uhr abends für den Wahlvorschlag auf 6 Jahre und von 7—8 Uhr für den Wahlvorschlag auf 3 Jahre.** Wir erwarten, daß die Arbeiter recht frühzeitig wählen und der letzte Mann für uns an die Urne gebracht wird. Am Samstag, 11. Mai, abends halb 9 Uhr, findet im Gasthaus zum „Sternen" noch eine große öffentliche **Wählerversammlung** statt. Genosse Landtagsabg. W. Kolb-Karlsruhe wird über „Die Bedeutung der Gemeindewahlen sprechen". Hierzu laden wir die gesamte hiesige Arbeiterschaft, insbesondere aber die Gemeindewähler, zu zahlreichem Besuch freundlichst ein. Freie Aussprache findet statt.

Untergrombach, 10. Mai. Bei der gestern stattgefundenen Gemeinderatswahl errang unsere Partei **je einen Sitz** auf 3 und 6 Jahre. Der Wahlkampf war ein heftiger. Die Liste der offiziellen Zentrumsgrößen hat mit einem wohlverdienten Fiasko abgeschnitten. Wir werden noch näher darüber berichten.

Aus dem Lande.

Durlach.

— **Sozialdem. Verein. Bibliothekstunde.** Laut Beschluß der vorletzten Mitgliederversammlung wird zwischen zwei Mitgliederversammlungen jeweils eine Bibliothekstunde eingeschoben, in der Bücher geliehen und zurückgegeben werden können. Eine solche Bibliothekstunde findet kommenden Samstag abend von 8—9 Uhr statt. Die Parteigenossen wollen von dieser Einrichtung regen Gebrauch machen. Als Legitimation dient das Mitgliedsbuch.

— **Frauenversammlung.** Auch an dieser Stelle wollen wir auf die am kommenden Sonntag nachmittag 3 Uhr im „Schwanen" stattfindende Frauenversammlung hinweisen. Der Referent, Redakteur Weißmann, ist als vorzüglicher Redner bekannt. Das Thema: „Bist du eine der unsrigen?" ist gleichfalls aktuell und so darf wohl ein recht zahlreicher Besuch seitens der arbeitenden Frauen und Mädchen Durlachs erwartet werden.

— **Die Pockenerkrankungsfälle** breiten sich wieder aus. Zu der gestern gemeldeten Erkrankung eines Dienstknechtes in Aue sind zwei weitere Fälle getreten. Zwei verheiratete Frauen in Aue sind erkrankt und eine im gleichen Ort amtierende Krankenschwester ist als pockenverdächtig isoliert worden. Die Erkrankungen datieren vom 6. und 7. Mai.

— **Arbeiter-Samariter-Bund.** Am Sonntag, 5. Mai, hielt die hiesige Kolonne des Arbeiter-Samariter-Bundes ihre erste Schlußprüfung im Saale des Gasthauses zum „Lamm" ab. Die Prüfung erstreckte sich auf das theoretische und praktische Gebiet. Die Mitglieder der Kolonne wurden von dem praktischer Arzt Dr. Straub aus Grötzingen auf den Dienst des Samariters auf das peinlichste geprüft und sprach derselbe am Schluß der Prüfung den Arbeiter-Samaritern ein Lob aus und ermahnte sie, auf dem eingeschlagenen Weg und unter der Leitung ihres seitherigen Instrukteurs weiter zu fahren. Zum Schluß sprach der Vorstand Kamolz dem prüfenden Arzt Dr. Straub den Dank aus, da sich dieser in uneigennütziger Weise der Kolonne zur Verfügung stellte. Auch an dieser Stelle sei Herrn Dr. Straub nochmals gedankt. Wir wünschen der jungen Kolonne, welche schon sehr gute Fortschritte gemacht hat, daß ihr auch das richtige Verständnis seitens der Arbeiterschaft entgegengebracht wird, damit sie sich treu ihrem Wahlspruch entfalten kann: An jedem Ort, zu jeder Zeit sind zur ersten Hilfe wir bereit! Es wäre zu wünschen, daß die Durlacher Arbeiter den Arbeiter-Samariterbund der Roten-Kreuz-Kolonne vorziehen würden. Beitrittserklärungen nimmt der Vorsitzende, Hauptstraße 17, entgegen.

Bruchsal.

— **Gartenfest.** Wenn das Wetter günstig ist, findet am Sonntag das Gartenfest des Gewerkschaftskartells statt. Wie alljährlich, wird dasselbe auf der „Bleiche" abgehalten und dürfte, da das Arrangement ein gutes ist, ein zahlreicher Besuch zu erwarten sein. Auf also, ihr Arbeiter und Arbeiterinnen, zum Gartenfest! Sollte sich ungünstiges Wetter einstellen, dann findet dasselbe 8 Tage später statt. Beginn nachmittags 3 Uhr.

Ettlingen.

— **Die Gewerkschaftskollegen** machen wir auf die morgen Samstag abend ½9 Uhr in der „Blume" stattfindende gemeinschaftliche Versammlung aufmerksam. Landtagsabg. Genosse A. Willi spricht über „Hinterbliebenen- und Waisenversicherung". Der Vortrag wird für jeden von Wert sein, weshalb pünktliches und vollzähliges Erscheinen erwartet wird.

Rastatt.

— **Deserteure.** Zwei Soldaten des hiesigen 111. Infanterie-Regiments, welche desertiert waren, haben sich nicht lange ihrer Freiheit zu erfreuen vermocht. Einer der Ausreißer hat sich in Langenbrücken der Gendarmerie gestellt, der andere ist im Heidelberger Stadtteil Neuenheim aufgegriffen und verhaftet worden.

Bulach, 7. Mai. Die Freie Turnerschaft hielt am Sonntag, 5. Mai, im Gasthaus zur „Traube" ihr diesjähriges Schauturnen ab. Der Saal war dicht besetzt, ein Zeichen, daß die Anhänglichkeit zum Turnen und zum Verein eine große ist. Die Turner boten ihrerseits das beste. Alle ihre Uebungen kamen sauber und exakt zur Ausführung. Wir können nur wünschen, daß die Freie Turnerschaft unter ihrer tüchtigen Leitung von Erfolg zu Erfola auch in Zukunft geführt wird. Die Gelegenheit wollen wir aber auch jetzt nicht vorübergehen lassen und den Arbeitern, die Söhne haben, welche gern dem

Sport obliegen, ja, die vielleicht der Deutschen Turnerschaft jetzt angehören, entgegenrufen: Schickt eure Söhne in die Turnstunde der Freien Turnerschaft und werdet selbst Mitglied derselben. Die Leistungen der Arbeiter-Turner stehen gegenüber den „deutschen Turnern" höher. Viele Arbeiter gehören heute noch der Deutschen Turnerschaft an; an sie richten wir uns mit der Bitte und den Ruf: Heraus aus jenen Vereinen und laßt euch nicht dazu mißbrauchen, gegen eure Interessen zu kämpfen. Der Platz des turnenden Arbeiters ist nur der Arbeiterturn-Verein. — Der Arbeitergesangverein „Freundschaft" brachte einige Lieder zum Vortrag und nach Schluß des Schauturnens vereinigte ein Tänzchen noch Jung und Alt. Die Freie Turnerschaft kann mit Stolz auf diese Veranstaltung zurückblicken.

Hagsfeld, 10. Mai. Ein schwerer Eisenbahnunfall, der leicht noch schlimmere Folgen hätte haben können, ereignete sich gestern abend ¼11 Uhr auf dem hiesigen Bahnübergang. Beim Passieren eines Fuhrwerks der Brauerei Höpfner durch die ungeschlossene Barriere wurden die Pferde von einem im selben Moment daher brausenden Schnellzug erfaßt und sofort getötet. Der Fuhrmann kam glücklicherweise ohne erhebliche Verletzungen davon, mußte aber doch infolge des erlittenen Schreckens ins Krankenhaus überführt werden. Der Schrankenwärter, dem die Schuld an dem Unglücksfall zuzuschreiben ist, wurde heute nacht noch verhaftet.

Malsch, 9. Mai. Am kommenden Sonntag veranstaltet der Arbeitergesangverein „Freundschaft" einen großen Maiausflug nach Herrenalb. Vollzähliges Erscheinen der passiven und aktiven Mitglieder wird erwartet. Abmarsch zu Fuß um 5 Uhr am Rathaus, zurück mit der Bahn.

Oberkirch, 9. Mai. Der Arbeiter-Turnverein Straßburg unternimmt kommenden Sonntag einen Ausflug durchs Herztal nach St. Wendel, Geigerskopf und Oberkirch. Der hiesige Arbeiter-Turnverein begibt sich zur Begrüßung der Straßburger nach Appenweier, von wo aus die Tour gemeinschaftlich zurückgelegt wird. Zwecks Besprechung dieser Sache werden unsere Mitglieder höflichst ersucht, am Samstag abend im Vereinslokal („Salmen") zu erscheinen.

Zell a. H., 9. Mai. Es sei auch an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß am Samstag, 11. Mai, abends ½8 Uhr, im „Bad. Hof" Gesangsprobe stattfindet. Gen. Adolf. Geck aus Offenburg hat uns als Dirigent zugesagt. Es werden daher die Genossinnen und Genossen, sowie uns Nahestehende, welche Lust und Liebe zum Gesang haben, ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Landwirtschaftliches.

Die **Badische Landwirtschaftskammer** beabsichtigt, in den ersten Tagen des Monats Juli eine landwirtschaftliche Studienreise zu veranstalten. Es ist vorgesehen, interessante Weinbaubetriebe in der Pfalz, Hessen, im Rheingau sowie an der Mosel und Saar zu besichtigen, um den Teilnehmern Gelegenheit zu geben, die gewonnenen Eindrücke und Kenntnisse zur Verbesserung ihrer eigenen Wirtschaften zu verwerten. Die Kosten der Vorbereitung, der Leitung und Führung, sowie alle allgemeinen Kosten trägt die Landwirtschaftskammer; dagegen haben die Teilnehmer die ihnen entstehenden Auslagen für Fahrt, Beköstigung, Uebernachten selbst zu tragen. Die Veranstaltung der Reise wird jedoch so getroffen werden, daß auch weniger bemittelte Landwirte sich beteiligen können. Außerdem gewährt die Landwirtschaftskammer an eine Anzahl von Teilnehmern auf entsprechende Bewerbung Zuschüsse.

Soziale Rundschau.

Die Kinderausbeutung.

Wie eingefleischt die Kinderausbeutung und wie schwer sie zu überwinden ist, zeigt eine offiziöse Klage, die Schweinburg in den „Berliner Politischen Nachrichten" veröffentlicht. Es heißt da:

> Die Kontrolle über die Durchführung der betreffenden Bestimmungen läßt sich von dem Aufsichtsbeamten allein nicht oder nicht in genügendem Maße ausführen, auch ist die Unkenntnis der gesetzlichen Anordnungen in den betreffenden Elternkreisen groß. Es mußte daher damit gerechnet werden, daß namentlich die Schule ihre Mitwirkung nicht versagte. Die Lehrer arbeiten mit den Gewerbeaufsichtsbeamten Hand in Hand. In neuerer Zeit hat sich die Maßnahme gut bewährt, daß die Klassenverzeichnisse der gewerblich beschäftigten Kinder auch über deren Alter, über Anfang und Ende der Arbeit und darüber, ob sie im Besitz ihrer Arbeitskarten sind, Auskunft geben. Verschiedene Gewerbeaufsichtsbeamte stellen fest, daß sie infolge dieser Neuerung erfahren hätten, wo sie eingreifen mußten und wo die Polizeibehörden aufmerksam zu machen waren. Die Schwierigkeiten der Kontrolle werden damit in etwas beseitigt. Ferner ist man vielfach im letztverflossenen Jahre dazu übergegangen, Merkblätter herauszugeben, in denen den Eltern der betr. Kinder kurze Auszüge aus den gesetzlichen Vorschriften mitgeteilt werden. Die Merkblätter werden den Eltern, Vormündern usw. durch die Kinder übermittelt. Es scheint jetzt auch so, als wenn es mit der Durchführung des Kinderschutzgesetzes besser als früher vorangeht. Verschiedene Aufsichtsbeamte haben in ihren letzten Berichten festgestellt, daß es gelungen ist, dem Gesetze einigermaßen Geltung zu verschaffen, andere betonen, daß die Uebertretungen an Zahl abgenommen haben. So läßt sich dann erwarten, daß es dem gemeinsamen Streben der staatlichen Aufsichtsbeamten und der Lehrerschaft gelingen wird, die Durchführung des Gesetzes in vollem Umfange zu ermöglichen.

Die Sterblichkeit in den deutschen Großstädten während des Monat März 1912. Einer Veröffentlichung des Statistischen Amts der Stadt Cöln über die Sterblichkeit in den deutschen Großstädten während des März entnehmen wir folgendes: In 40 Städten, von denen z. Zt. die entsprechenden Angaben vorliegen, starben auf 9,902 Millionen Einwohner 12 236 Personen oder auf 1000 Einwohner und 1 Jahr 14,55 (gegen 16,00 im Februar, 14,75 im Januar 1912 und 14,78 im März v. J.), und zwar Kinder des ersten Lebensjahres 2749 oder 3,27‰ (3,57 — 3,36 — 3,33), Personen höheren Alters 9487 oder 11,28‰ (12,42 — 11,39 — 11,44). Die Sterblichkeit im ganzen sowie insbesondere der Kinder des ersten Lebensjahres und der Personen höheren Alters stellte sich gegenüber dem Vormonat erheblich günstiger, sie blieb in beiden Fällen auch noch unter der Ziffer des Monats Januar und derjenigen des Parallelmonats des Vorjahres. Im einzelnen starben, auf 1000 Einwohner und 1 Jahr berechnet, z. B. in Freiburg i. Br. 19,53, Straßburg i. Els. 16,91, Bremen 16,60, Aachen 16,36, **Karlsruhe 15,36**, München 15,06, Wiesbaden 15,03, Mannheim 14,92, Lübeck 14,88, Nürnberg 14,88, Cöln 14,51, Stuttgart 14,20, Dresden 14,03, Kiel 13,96, Charlottenburg 13,42, Saarbrücken 12,90, Frankfurt a. M. 12,29, Düsseldorf 11,77, Cassel 11,34 und endlich in Berlin-Wilmersdorf 7,32. Günstigere Verhältnisse als Karlsruhe weisen 29 Städte (im Februar nur 16 Städte) auf. Von den Todesursachen nahm die Tuberkulose wieder die erste Stelle ein, und zwar mit 1,97 (im Februar 1,95) Sterbefällen auf 1 Jahr und 1000 Einwohner, darunter die Lungentuberkulose mit 1,63 (1,62). Unmittelbar folgten dann: Lungenentzündung mit 1,39 (1,88) und Krebs mit 1,03 (0,95).

Weltausstellung für Bau- und Wohnungswesen. Anläßlich der Inbetriebnahme des größten europäischen Bahnhofes, des in Leipzig, plant man eine Weltausstellung für Bau- und Wohnungswesen, die „an Bedeutung und Erfolgen mit der verflossenen Hygieneausstellung zu Dresden" es aufzunehmen gedenkt. Eine Gartenstadt („Mariabrunn") wird für dauernde Bewohnung aufgebaut und außerdem sollen Bilder, Pläne, Statistische Darstellungen, Tabellen, Lichtbilder, Vorträge, Sonderausstellungen das weitausgedehnte Gebiet des modernen Bau- und Wohnungswesens „übersichtlich und in seinen heutigen modernen Ansprüchen" zur Darstellung bringen.

Die Väter des Gedankens dieser Weltausstellung versprechen in glänzenden Prospekten, alle Probleme des gesamten Wohnungswesens zu behandeln: Städtebau und die damit verknüpfte Baukunst — Heimatschutz und Volkskunst — Gartenstadt- und Genossenschaftsbauwesen — Raum- und Gartenkunst — Malerei und Bilderei — Baumaterialien und Verkehrsstraßen aller Art — Flußregulierungen und Talsperren — alle Gebiete der Bauindustrie — alle die sozialen und wirtschaftspolitischen Zeit- und Streitfragen des Bau- und Wohnungswesens — also eine Fülle von Material!

Fachleute und Laien, „vor allem aber die breiten Massen des Volkes, die am Bau- und Wohnungswesen so stark interessiert sind, sollen reiche Anregung und Belehrung finden." — —

Bei der „Anregung" und „Belehrung" wird es für die breiten Massen des Volkes aber wohl bleiben. Denn alle diese gutgemeinten Anregungen haben denselben Wert, wie Kuchen, den man einem Verhungernden von weitem zeigt. Und wenn es vielleicht einem unter den vielen Tausenden gelingt, das durch Anregung Gewonnene in die Tat umzusetzen, was hilfts der breiten Masse des Volkes?

Die „Viktoria". Zu einer der größten Versicherungsgesellschaften gehört bekanntlich die „Viktoria", Allgemeine Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Berlin. Die Gesellschaft hat einen Riesenumsatz, aber auch einen Riesengewinn. Betrug doch der Gesamtüberschuß im letzten Jahre 86 387 066 Mk. Dieser Ueberschuß sollte nun so verteilt werden, daß an die nichtsschaffenden Aktionäre 390 Mk. pro Dividende von dem von anderen Leuten erarbeiteten Ueberschuß verteilt werden sollten, das sind im ganzen 780 000 Mk., während der Vorstand, der ein klein wenig mehr arbeitet wie die Aktionäre, 694 284 Mk. Tantieme erhalten sollte. Der Rest des Gewinnanteils, das sind 97 Proz. des Gesamtgewinnes, soll an die Versicherten zurückvergütet werden, eine Maßnahme, die nur zu begrüßen wäre. Ein großer Teil der Versicherten wäre vielleicht auch mit weniger zufrieden, wenn die Gesellschaft ihren Angestellten, die bekanntlich mit zu den schlechtest Bezahlten in der deutschen Versicherungsbranche gehören, durch Aufbesserung ihres kärglichen Gehalts auch ein Teil des Gewinnes zukommen lassen würde. Die Tantieme des Vorstandes von 694 000 Mk. steht in einem himmelschreienden Gegensatz zu dem „Gehalte" der Beamten und sonstigen Angestellten. An Aufbesserung ihrer Arbeitsbienen haben aber die Herren bis jetzt noch nicht gedacht, sie streiten sich nur herum, ob der Vorstand nicht zuviel erhält gegenüber den Aktionären.

f. **Da die Frage der Lehrmittelfreiheit in der Karlsruher** Volksschule vor einiger Zeit angeschnitten wurde, so dürfte es von Interesse sein, etwas über die Mannheimer Erfahrungen auf diesem Gebiete zu hören.

Im vorigen Jahr hat die Stadt Mannheim für die unentgeltliche Abgabe von Lehrmitteln 64 270 Mk. verausgabt. Etwa die Hälfte der Volksschüler Mannheims bekamen, sofern sie im Stande waren, ihre Bedürftigkeit nachzuweisen, dafür die Lehrmittel von der Stadt gestellt. Nun hatte die sozialdem. Fraktion den Antrag gestellt, die Sellung der Bedürfigkeitsfrage aufzuheben und jedem Schüler, der darum bäte, die Lehrmittel von der Stadt zu stellen. Dieser Antrag wurde vom Stadtrat abgelehnt. Dagegen fand ein Antrag, 16 000 Mk. mehr für den Posten der Lehrmittelfreiheit in den Voranschlag einzustellen, als in den Vorjahren, seine Genehmigung. Dadurch ist die Stadt in Stand gesetzt, etwa ¾ der Schülerzahl von jetzt mit Lehrmitteln zu versorgen. Die günstigen Erfahrungen, die bisher gemacht wurden, bewirkten, daß die Summe im Jahre 1913 wohl wieder erhöht und daß im darauffolgenden Jahre die völlige Lehrmittelfreiheit eingeführt werden dürfte. Der Bürgerausschuß wollte schon in diesem Jahre die Summe auf 100 000 Mk. erhöhen, der Stadtrat blieb aber durch Mehrheitsbeschluß auf dem Vorschlag von 80 000 Mk. stehen, mit der Verklauselierung, recht weitherzig verfahren zu wollen, eventl. die Budgetsumme überschreiten zu können.

Pforzheim, 6. Mai. Das hiesige Tiefbauamt hatte mit einem Teil der Flußkorrektion die Herstellung von Kanälen in einer Straße und diejenige eines Sportplatzes, die beide mit der Flußkorrektion in Verbindung stehen, zur Submission ausgeschrieben. Darauf trafen 6 Offerten ein, darunter 5 von hiesigen Unternehmern und eine einer Münchener Firma. Letztere verlangte 307 530 Mk., die hiesigen verlangten zwischen 207 269 und 267 946 Mk. Wenn man bedenkt, daß bei Tiefbauarbeiten nie genau vorausgesehen werden kann, welche Schwierigkeiten aus den Bodenverhältnissen, aus den Witterungseinflüssen usw. erwachsen können, erscheint es unerklärlich, wie eine Firma, deren Chef vor langen Jahren selbst ein städtischer Ingenieur war, eine Offerte, wie die niederste der hiesigen Konkurrenten, einreichen kann.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 10. Mai.

Gewerkschaftskartell.

Nach Beendigung der Porzellanarbeiter-Aussperrung wurden nachstehende Gelder abgeliefert: Liste Nr. 36—41: 30 ℳ; Nr. 94 Zigarrensortierer 8,40 ℳ; Nr. 20—30 Buchdrucker-Verband 107,95 ℳ; Nr. 56—60 Gemeindearbeiter-Verband: 10 ℳ; Nr. 4 Bauarbeiter (Welschneureut) 20 ℳ; Nr. 9 Bauarbeiter (Pforte) 3,60 ℳ; Nr. 81—83 Maschinisten 8 ℳ; Nr. 62—65 Transportarbeiter 10 ℳ; Nr. 11 Böttcher 5 ℳ; Summa 202,95 Mark. Um noch ausstehende Sammellisten wird gebeten.

Diejenigen Gewerkschaften, welche für das 1. Quartal die Kartellbeiträge noch nicht bestritten haben, werden dringend ersucht, zwecks Abrechnung dieselben baldmöglichst zu begleichen.

Kartellkassier: Br. Fiedler, Sternbergstr. 11, 4. r.

Aus den Verhandlungen der Handelskammer

vom 26. April.

Vom Karlsruher Stadtrat wird die Handelskammer gebeten, Schritte dahin zu unternehmen, daß für alle Schüler, welche die hiesige Handelsjahresschule absolviert haben, die Lehrzeit auf zwei Jahre verkürzt wird. Die Handelskammer erachtet eine solche Verkürzung der Lehrzeit aus Billigkeitsgründen für angezeigt und beschließt, sie durch einen Hinweis im Sitzungsberichte den Karlsruher Geschäftsinhabern für vorkommende Fälle anzuempfehlen. Auf eine Anfrage des Reichsversicherungsamtes, Abteilung für Unfallversicherung, spricht sich die Handelskammer dahin aus: 1. daß der Großhandel sowie die Betriebe des Hilfsgewerbes, namentlich die Speditions-, gewerbsmäßigen Speicherei- und Kellereibetriebe, bei der Lagereiberufsgenossenschaft belassen werden, 2. daß die bisher der Lagereiberufsgenossenschaft zugewiesenen Detailhandelsgeschäfte aus dieser Berufsgenossenschaft ausgeschieden werden und daß für sie und die übrigen Kleinhandelsbetriebe, die gemäß den Bestimmungen der Reichsversicherung der Unfallversicherung neu unterworfen werden, eine besondere Detailhandelsberufsgenossenschaft errichtet wird, was auch die Kleinhandelskommission der Kammer befürwortet hatte. — Zur Frage des Sonderrabatts spricht sich die Handelskammer dahin aus, daß die Gewährung eines solchen Rabatts an die Mitglieder irgend welcher Vereinigungen als gegen die guten Sitten verstoßend anzusehen und zu bekämpfen sei. Einem Antrage ihrer Kleinhandelskommission entsprechend, wird sie den handelsregisterlich eingetragenen Inhabern offener Verkaufsstellen im Kammerbezirke durch ein Rundschreiben nahelegen, keinen Sonderrabatt zu geben bezw. Ersuchen um Gewährung solchen Rabatts mit Entschiedenheit zurückzuweisen. — Mit der Frage des Zugabeunwesens hat sich die Kammer schon wiederholt beschäftigt. Auf eine Anfrage des Deutschen Zentralverbandes für Handel und Gewerbe hatte sie sich in ihrer Vollversammlung vom 19. Februar l. Js. bereit erklärt, den Versuch zu unterstützen, das Zugabeunwesen ohne die Hilfe der Gesetzgebung zu beseitigen und es zu diesem Zwecke in ihrem Bezirke als eine Unsitte zu bekämpfen, sowie ihren Einfluß in dieser Richtung geltend zu machen. Die Kleinhandelskommission der Handelskammer, an die die Angelegenheit zur weiteren Verfolgung überwiesen wurde, ist bei ihrer Beratung zu folgenden Vorschlägen gekommen: 1. vorkommenden Falls bei den im Kammerbezirk ansässigen Unternehmern, die für derartige Zugaben in Frage kommen, direkte Vorstellungen zu erheben; 2. die Detaillistenvereine und kaufmännischen Vereinigungen des Kammerbezirks zu bitten, ihre Mitglieder zur Mithilfe bei der Bekämpfung des Uebels zu veranlassen. Die Kammer beschließt, diesen Vorschlägen gemäß vorzugehen. Zu Punkt 2 wird, einem weiteren Vorschlage der Kleinhandelskommission entsprechend, noch beschlossen, ein von dem Zentralverbande für Handel und Gewerbe in Leipzig herausgegebenes aufklärendes Flugblatt an die Hausfrauen in größerer Anzahl zu beschaffen und den Detaillistenvereinen und kaufmännischen Vereinigungen zur Verfügung zu stellen. — Dem Karlsruher Stadtrat erstattete die Kammer auf Ansuchen einen Bericht, betreffend die Berücksichtigung tariflicher Firmen bei Vergebung städtischer Lieferungen.

Der Gewerbeverein Karlsruhe e. V. beschäftigte sich in seinen beiden letzten Monatsversammlungen mit Mißständen bei Veranstaltung von Schüler- und Lehrlingsarbeiten-Ausstellungen. Den einleitenden Vortrag hatte Schlossermeister Daler übernommen, der auf die Verordnung des großh. Landesgewerbeamtes vom 11. Februar 1910 hinwies, wonach für die Zukunft die Ausstellung von Lehrlingsarbeiten gemeinschaftlich mit den Schülerarbeiten-Ausstellungen der Gewerbeschule stattfinden müsse. Der Grundgedanke dieser Verordnung kann nur begrüßt werden, wenn Schule und Werkstätte miteinander arbeiten und beide Faktoren darnach trachten, die Lehrlinge zu tüchtigen Gesellen heranzubilden. Leider ist man an der Gewerbeschule bestrebt, viel zu sehr das Kunstgewerbe zu pflegen, während die rein gewerblichen Fächer darunter leiden. Betrachtet man die Ausstellungen unserer Lehrlinge, so schleicht sich ein Zweifel ein: haben dies alles die Lehrlinge allein gemacht? Auf der einen Seite Paradeschülerarbeiten-Ausstellungen, die Künstler verraten und zu sehr die Hand des Lehrers zeigen, auf der andern Seite schlechte Erfahrungen in der Meisterwerkstätte und geringe Ergebnisse bei den Gesellen- und Meisterprüfungen. Die Sucht der Leiter der Gewerbeschulen, möglichst viel in ihrer Anstalt unter tatkräftiger Mitwirkung der Lehrkräfte zu erreichen, muß verschwinden. Die Ausstellungen müssen eingeschränkt werden; denn diese sind es, welche Leiter und Lehrer veranlassen, zu zeigen, auf welch hoher Stufe gerade ihre Anstalt steht. Die Lehrfächer an den Gewerbeschulen sollen nicht von Jahr zu Jahr vermehrt bezw. erweitert werden, sondern es möge eine Vertiefung der allernötigsten Fächer eingreifen. Man muß staunen, was alles den Lehrlingen in dieser kurzen Zeit beigebracht werden soll und ist der Schulunterricht im Verhältnis zum Schülermaterial und zu der zur Verfügung stehenden Zeit ein zu vielseitiger. Leider wendet sich die Jugend mit sehr geringer und recht mangelhafter Vorbildung dem Handwerk zu, die fast durchweg nur die Volksschule besuchte und in der anscheinend nicht mehr genügend auf die Elementarfächer Wert gelegt wird und zuviel Nebenfächer erteilt werden. Im ersten Lehrjahre sollten keine praktischen Lehrlingsarbeiten zur Ausstellung verlangt werden. Hier endlich Wandel zu schaffen, ist Aufgabe der maßgebenden Behörden. In beiden Versammlungen war die Diskussion eine rege; die Mehrzahl der Redner stellte sich auf Seite des Referenten. Auch der Leiter der hiesigen Gewerbeschule nahm hierzu das Wort. Er erwähnte, daß die Ausstellung im Orangeriegebäude hauptsächlich und mit Absicht die kunstgewerbliche Seite des Handwerks betonte und auf Anordnung des großh. Landesgewerbeamtes hierbei nur gute bezw. die besten Arbeiten ausgestellt waren. Des weiteren ging Rektor Kuhn auf die Umgestaltung des Freihandzeichenunterrichts in den letzten Jahren ein und erging sich in längeren Darlegungen über den Lehrplan unserer Gewerbeschulen. Er versprach, sich Mühe zu geben, aus der gepflogenen freien Aussprache Nutzen für Schule und Handwerk zu ziehen und bat um entsprechende Vorschläge von seiten der gewerblichen Vereinigungen. Der Vorsitzende des Gewerbevereins, Hofblechnermeister Anselment, nahm noch Gelegenheit, dem Leiter der Gewerbeschule Karlsruhe, sowie den Gewerbelehrern uneingeschränktes Lob für ihren Pflichteifer zu spenden, dabei betonend, daß sie alle ihrer schweren Aufgabe voll und ganz gewachsen und bewußt sind. Die gewiß nutzbringende Aussprache sei keine Hetze gegen Rektor Kuhn, wie dies nach den Ausführungen des Stadtverordneten Hof in der letzten Bürgerausschußsitzung den Anschein hatte.

*

So weit der offizielle Bericht, welcher an Widersprüchen wahrlich nichts zu wünschen übrig läßt. Es ist nicht leicht, zu begreifen, daß Genosse Hof mit Unrecht von einer Hetze gegen die Gewerbeschuldirektion gesprochen haben soll, wenn selbst der Referent des Gewerbevereins betont, daß an der Gewerbeschule zu sehr die „Kunst" gepflegt wird, statt praktische Arbeit. Und auch die Aeußerung, daß die Ausstellung diesen Umstand demonstrierte, entspricht nicht der Tatsache. Es waren durchweg Arbeiten der Praxis, welche die Ausstellung boten und wenn der Gewerbeverein selber Zweifel darin setzen würde, daß die Lehrlinge die ausgestellten Arbeiten wirklich selbst angefertigt haben, dann würde er seinen Mitgliedern wirklich ein schlechtes Zeugnis damit ausstellen. Damit, daß nicht schon das erste Schuljahr sich an der Ausstellung beteiligt, stimmen wir mit ihm vollständig überein, nur knüpfen wir daran den Wunsch, daß nicht nur die qualifizierten Arbeiten ausgestellt werden (vielleicht sogar erst am Schlusse des Lehrgangs), sondern alle, die schlechten und die guten — dann wird man auch die Qualität der Meister und ihre Fähigkeit zu gewerblicher Erziehung öffentlich kontrollieren können. Die Tatsache, daß die große Ueberzahl der Lehrherren ihren Lehrlingen die Beteiligung an der Ausstellung der Arbeiten verweigert, gibt zu manchen Bedenken Anlaß und zieht man hierbei noch die einschlägigen, sehr häufigen Gewerbegerichtsfälle in Betracht, dann versteht man den Umstan-

In Wirklichkeit ist die Sachlage doch so, daß ein sehr großer Teil der Handwerksmeister die Lehrjungen nicht als ein gewerbliches Erziehungsobjekt, sondern als persönliches Ausbeutungsobjekt betrachten und behandeln. Daraus resultiert der Wunsch nach Vereinfachung — nicht Beseitigung! — des Unterrichts in der Fachschule. Und wenn diese Herren pathetisch ausrufen: „In der Werkstatt muß der Junge arbeiten lernen", so wissen wir, daß das heißen soll: „Je länger der Junge in der Werkstatt arbeiten muß, desto größeren Profit haben wir".

Die Einkommensteuer in der Stadt Karlsruhe nach der Veranlagung im Jahre 1911. Die Ergebnisse der im Jahre 1911 (für das Steuerjahr 1912) vorgenommenen Veranlagung für staatliche Einkommensteuer, die ja auch gleichzeitig für die Erhebung der städtischen Einkommensteuer dient, zeigen, daß die Zahl der Steuerzahler wie die Steuererträge (bei bekanntlich den gleichen Steuersätzen wie im Vorjahre) gestiegen sind. Die Zensiten haben im ganzen um 322 Personen (darunter die juristischen um 8) zugenommen und die Steuerleistungen um rund 139 000 Mk. (darunter ein Plus von 24 600 Mk. bei den juristischen Personen). Insgesamt sollen einkommen rund 2 850 000 Mk., das sind — berechnet auf einen Einwohner — 20,93 Mk. (1911: 20,16 Mk.) oder — auf einen Steuerpflichtigen — 80,68 Mk. (1911: 77,45 Mk.). Die Zahl aller Zensiten war 35 281; von 100 Einwohnern waren also zur Einkommensteuer 25,95 (1911: 26,03) veranlagt.

Von den Veränderungen, die in den einzelnen Steuerklassen gegenüber dem Vorjahre eingetreten sind, ist besonders bemerkenswert, daß bei den physischen Steuerzahlern die untersten Steuerstufen (bis unter 1800 Mk.) im ganzen um 306 Personen zurückgegangen sind — darunter allein die letzte Klasse (900 bis unter 1000 Mk.) um 243 Zensiten. Auch die (nur der städtischen Umlage unterliegenden) Zensiten mit 600 bis unter 900 Mk. sind um 61 Personen weniger geworden. Dieser Abnahme der kleinsten steuerfähigen Einkommen steht in der nächsthöheren Einkommensklasse (1800 bis unter 2000 Mark) eine Zunahme von 208 Personen gegenüber (die größte von allen Klassen) und von 288 Personen, geht man weiter hinauf bis zur Grenze „unter 3000 Mk."; auch in der Klasse „3000 bis unter 3600 Mk." finden sich jetzt 121 Steuerzahler mehr. Im ganzen sind in Karlsruhe 207 Zensiten mit einem Einkommen von 30 000 Mk. (mit einem Gesamtsteuerertrag von 696 690 Mk. im Jahre 1912 — 1911: 653 580 Mk.) vorhanden — ungerechnet also der juristischen Personen, von denen sich in diesen Einkommensstufen 21 vorfinden mit einem Gesamtsteuerertrag von 245 450 Mk. (das sind 18 890 Mk. mehr als im Jahre 1911). Mindestens 100 000 Mk. Einkommen hatten 31 physische und 7 juristische Personen zu versteuern; sie sollen zusammen 519 000 Mk. an die Staatssteuerkasse abliefern.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Sängerbund „Vorwärts". Wie alljährlich findet am 12. Mai der bei den Mitgliedern und Freunden des Vereins so beliebte Maiausflug mit Musik nach der Hedwigsquelle statt. Es wird sich wieder ein fröhliches Völkchen von Vorwärtslern zu einigen Stunden sorgenlosen Daseins zusammenfinden. Die Veranstaltungen des Vorwärts, gleich welcher Art, haben bekanntlich sich immer eines regen Besuchs zu erfreuen, sodaß auch heuer wieder zahlreiche Beteiligung zu erwarten ist. Der Abmarsch vom „Tivoli" ist auf halb 7 Uhr festgesetzt. Gesangs- und Musikvorträge werden beim Picknick an der Hedwigsquelle zur fröhlichen Stimmung der Allgemeinheit beitragen. Für die Kinder sind Spiele in Aussicht genommen. Für Erfrischung (guten Stoff Schrempp) und Eßwaren ist Sorge getragen. Hoffentlich wird Petrus seine Schleußen für diesen Tag geschlossen halten und sich der allgemeinen Sonntagsruhe anschließen.

Die Einweihung des Naturfreunde-Hauses. Auf die am kommenden Sonntag, 12. ds. Mts., stattfindende offizielle Eröffnung des Naturfreunde-Hauses im Schwarzenbachtal bei Forbach sei nochmals aufmerksam gemacht. Der Sonderzug fährt Sonntag früh vom Hauptbahnhof um 6.30 Uhr ab und kommt 8.11 Uhr in Forbach an. Die Mitglieder werden gebeten, möglichst den Sonderzug zu benützen. Schon die Hinfahrt bietet den Teilnehmern viel Interessantes. Bald links, bald rechts der Bahn begegnet dem Reisenden die wilde Murg im tiefen Felsenbette talwärts eilend. Forbach ist bis jetzt die Endstation der Murgtalbahn. Von Forbach bis Raumünzach zeigt das Tal einen wildromantischen Charakter und die Wahrzeichen der Weiterlegung des Schienenstranges machen sich schon bemerkbar. Der Verein wird mit seinen Gästen die 2½stündige Tour von Forbach über Raumünzach nach dem Schwarzenbachtale mit Musik gemeinsam zurücklegen. Die Vorverkaufskarten (siehe Inserat) sind am Bahnhof Sonntag früh bis 6.20 Uhr bei Vertrauensleuten des Vereins, welche mit einer weißen Armbinde erkenntlich sind, gegen eine wirkliche Fahrkarte umzutauschen. Die Eröffnungsfeier wird bei jeder Witterung abgehalten. Ein alter Wahrspruch lautet: „Wers Wetter scheut, kommt nit weit!". Darum auf in die frische freie Natur!

Tierschutzverein Karlsruhe. Der 15. Vrbandstag der badischen Tierschutzvereine findet am nächsten Sonntag im großen Rathaussaale statt.

Eine stimmungsvolle Feier fand gestern Abend im Schloßgarten am Denkmal des Dichters Johann Peter Hebel statt. Wie alljährlich so veranstaltete auch dies Jahr wieder der Karlsruher Liederkranz zu Ehren des alemannischen Dichters, dessen 152. Geburtstag heute ist, eine kleine Gedächtnisfeier, wozu sich eine zahlreiche Zuhörerschaft eingefunden hatte. Eine schönere Ehrung für einen heimischen Dichter kann es auch gar nicht geben als hier in der freien Natur unter den grünen Blätterdächern der in Frühlingspracht strotzenden Bäume, in denen ein fröhliches, gefiedertes Sängervolk zwitschert und jubiliert und ganz erstaunt ist, daß da unten eine andere Sängerschar sich erlaubt, Konkurrenz zu machen. Und die Konkurrenz ist auch eine gefährliche, die vier Lieder, die der „Liederkranz" zum Vortrag brachte, echte, zu Herzen gehende Volkslieder, gelangen unter Herrn Cassimiers Leitung vorzüglich. Herr Pfarrer Hindenlang hielt eine warmempfundene Ansprache, in der er ein Bild der Zeitverhältnisse gab, in denen Hebel lebte und arbeitete. Das starke alemannische, nicht niederzwingende, in Hebel verkörperte Volkstum fand eine schöne, eindrucksvolle Würdigung. In herzlichen, innigen Worten gedachte der Redner zum Schlusse noch Berthold Auerbachs. Dem „Liederkranz" muß man wirklich dankbar sein für diese stimmungsvolle, schöne Veranstaltung.

Zirkus Henry. Das Sportsprogramm des gestrigen Abends fand bei vollbesetztem Hause dankbare Aufnahme. Die artistischen Darbietungen, insbesondere der Japaner- und Fliegertruppe, waren vorzügliche; dasselbe kann auch von den vorgeführten Dressuren gesagt werden, von denen einzelne staunenerregend waren. Man kann wohl sagen, daß niemand unbefriedigt den Zirkus verließ. Für heute Freitag ist Clown- und Komiker-Vorstellung angesagt, deren Besuch wir nur empfehlen können.

Fußballsport. Am kommenden Sonntag findet auf dem Sportplatz am Weiherwald ein Wettspiel zwischen F.-C. Phönix-Ludwigshafen und Beiertheimer Fußball-Verein statt. Da Beiertheim in den letzten Spielen an Spieltüchtigkeit zugenommen hat, dürfte zwischen diesen beiden Mannschaften ein schönes Spiel zu erwarten sein. Das Spiel beginnt um halb 4 Uhr.

Ihr Frauen heraus!

Der nächste Sonntag, 12. Mai, ist der Tag der Frauen. Allerorts rüsten sich die Frauen, um an diesem Tage für ihre Rechte, besonders für das

Frauenwahlrecht

zu demonstrieren. Auch die Frauen Karlsruhes dürfen gegenüber ihren Arbeitsschwestern an den anderen Orten nicht zurückstehen. In Massen müssen sie Sonntag abend in der

großen öffentlichen Versammlung

in der Gewerkschafts-Zentrale, Kaiserstraße 13, erscheinen.

Redakteur A. Weißmann-Freiburg wird referieren.

Arbeitermädchen! Arbeiterfrauen! Es gilt zu demonstrieren für eure politische Gleichberechtigung, die man so lange euch schon vorenthalten hat. Erscheint in Massen in der Versammlung! Keine darf fehlen. Rüttelt die Trägen und Lässigen auf, agitiert für Massenbesuch der Versammlung!

Die Polizeifaust im preußischen Abgeordnetenhause.

Zum erstenmale ist die Verschärfung der Geschäftsordnung des preußischen Abgeordnetenhauses, der berüchtigte Hausknechtsparagraph, den die reaktionäre Mehrheit vor zwei Jahren beschlossen hat, zur praktischen Anwendung gelangt. Der sozialdemokratische Abgeordnete Borchardt ist, weil er sich den Anordnungen des Präsidenten in Bezug auf Unterlassung von Zwischenrufen nicht fügte, für den Rest des Tages von der Sitzung ausgeschlossen und, als er nicht freiwillig den Saal verließ, mit Hilfe von Polizeigewalt zweimal aus dem Sitzungssaal entfernt und durch Schutzleute am Wiedereintritt verhindert worden. So der Tatbestand.

Es liegen über diesen denkwürdigen Vorgang preußischer Gewaltkultur folgende Nachrichten aus bürgerlichen Quellen vor:

Berlin, 9. Mai. Im Abgeordnetenhause richtete heute der nationalliberale Abgeordnete Schifferer heftige Angriffe gegen Polen, Dänen und Sozialdemokraten, denen er jede nationale Gesinnung absprach. Der sozialdemokratische Abgeordnete Borchardt zog sich dabei wegen fortgesetzter Zwischenrufe einen dreimaligen Ordnungsruf zu, worauf er gewaltsam aus dem Saal entfernt wurde, da er dem Präsidenten durch seine andauernden Zwischenrufe die Leitung der Geschäfte unmöglich machte.

Berlin, 9. Mai. Im Abgeordnetenhause wurde heute der sozialdemokratische Abgeordnete Borchardt gewaltsam aus dem Sitzungssaale entfernt. Während einer Rede des nationalliberalen Abgeordneten Schifferer, der bei der Beratung des Besitzbefestigungsgesetzes scharf gegen die Sozialdemokraten polemisierte, machte der Abgeordnete Borchardt fortgesetzt Zwischenrufe und wurde vom Präsidenten Freiherrn von Erffa mehrfach zur Ruhe verwiesen. Als Abgeordneter Borchardt auf den Stufen unmittelbar vor der Rednertribüne stehend seine Zwischenrufe fortsetzte, schloß ihn der Präsident für den Rest des Sitzungstages unter dem lebhaften Beifall der großen Mehrheit des Hauses von der Beratung aus. Nunmehr verließ Abgeordneter Borchardt zwar seinen Platz vor der Rednertribüne, aber nur, um seinen Sitzplatz hinter den Bänken der polnischen Abgeordneten einzunehmen. Als ihn der Präsident wiederholt aufforderte, den Saal zu verlassen, antwortete er mit dem wiederholten Zuruf: **„Wer mich hindert, hier zu bleiben, wird mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren bestraft!"** Darauf setzte der Präsident die Sitzung auf eine halbe Stunde aus. Auf das Ersuchen des Präsidenten erschien im Saale der Polizeileutnant des zuständigen Reviers, der den Ausweisungsbefehl vom Präsidenten entgegennahm und ihn dem Abgeordneten Borchardt überreichte. Da dieser sich weigerte, den Saal zu verlassen, wird er nach dreimaliger vergeblicher Aufforderung durch zwei Schutzleute **aus dem Saal geschleift.** Als sich hierbei der Abegordnete Leinert (Soz.), der neben dem Abgeordneten Borchardt sitzt, weigerte, den Schutzleuten Platz zu machen, ziehen ihn diese hinter den Regierungstisch. Nunmehr bemerkt Präsident Dr. Freiherr v. Erffa: „Ich bedauere lebhaft diesen unangenehmen Zwischenfall. Er war aber nötig, denn wenn man dem Präsidenten nicht mehr gehorcht, so sind wir mit aller parlamentarischen Ordnung zu Ende." Inzwischen ist zur allgemeinen Ueberraschung der Abgeordnete Borchardt wieder im Saal erschienen. Der Präsident fordert den Abgeordneten Borchardt nochmals auf, den Saal zu verlassen, dieser bleibt aber ruhig auf seinem eingenommenen Platz sitzen. (Zwischenruf aus der Mitte des Hauses: Tribünen räumen! Abgeordneter Hoffmann ruft: „Warum denn, es wollen auch Andere die Komödie sehen!") Nach einer kurzen Pause wendet sich der Präsident zu dem wieder erschienenen Polizeileutnant und sagt: Zu meinem großen Erstaunen und zu dem des Hauses ist der Abgeordnete Borchardt wieder im Saal anwesend. Ich bitte Sie, ihn nochmals zu entfernen und seinen Wiedereintritt zu verhindern. Der Polizeileutnant übergibt dem Abgeordneten Borchardt nochmals das Formular und fordert ihn dreimal auf, den Sitzungssaal zu verlassen. Da sich Bochardt weigert, ruft der Polizeileutnant wiederum Schutzleute herbei, die Borchardt gewaltsam aus dem Saale führen. Dabei ruft der Abgeordnete Hoffmann: „Preußen in der Welt voran!" Während im Sitzungssaal die Verhandlung fortgesetzt wird, ergeht sich der Abegordnete Borchardt in der Wandelhalle. Alle Eingänge des Sitzungssaales sind mit Schutzmannsposten besetzt, um Borchardt am Wiedereintritt in den Sitzungssaal zu verhindern. Später begibt er sich nach dem Arbeitszimmer der Journalisten, wird aber auch hier von dem Polizeileutnant und zwei Schutzleuten begleitet.

Berlin, 9. Mai. Abgeordnetenhaus. Nach Schluß der Debatte entspan sich eine Geschäftsordnungsdebatte, bei der der Abgeordnete Borchardt von der Journalistentribüne aus zuhörte. Der Abg. Leinert (Soz.), der seinen Platz neben Borchardt trotz der Aufforderung des Polizeioffiziers nicht räumte, war durch zwei Schutzleute ebenfalls gewaltsam von seinem Platz entfernt und bis zur Türe geleitet worden, dann aber auf seinen Protest auf einen Wink des Präsidenten freigelassen worden. Er protestierte zur Geschäftsordnung gegen diese gewaltsame Entfernung und erklärte: Der Ueberfall der Schutzleute sei eine Beleidigung für das ganze Haus. Er bedaure, daß er nicht bewaffnet gewesen sei, um sich gegen diese infame Beeinträchtigung seiner verfassungsrechtlichen Rechte zu schützen. Der Präsident hatte die skandalösen Szenen verhindern sollen. Leinert wurde in seinen Ausführungen von den Abgg. Pachnike (F. V.) und Liebknecht unterstützt. Der Präsident wies darauf hin, daß er dem Polizeileutnant nicht den Befehl gegeben habe, Leinert vom Platze zu weisen. Die widerwärtigen und unangenehmen Szenen hätten sich nicht abgespielt, wenn Borchardt der Aufforderung des Polizeioffiziers nachgekommen wäre. Der Abg. v. Kröcher (kons.) meinte, der Präsident sei für das Vorgehen der Polizei nicht verantwortlich und die Polizei werde sicherlich die Verantwortung für ihr Vorgehen tragen können. Damit schloß die Sitzung.

•

Der Einspruch des Abg. Borchard.

Berlin, 9. Mai. **Abg. Borchardt hat gegen seine Ausschließung aus der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses schriftlich Einspruch erhoben und begründet dies damit, daß die Ausschließung gegen das Strafgesetzbuch verstoße, das durch die Geschäftsordnung nicht aufgehoben werden könne; daß er vorher nicht zur Ordnung gerufen worden sei, daß Abgeordnete anderer Parteien dasselbe getan hätten wie er und daß schließlich der Präsident überhaupt nicht das Recht habe, einem Abgeordneten vorzuschreiben, von wo er Zwischenrufe machen dürfe. Der Präsident dürfte dem Hause vorschlagen, die Abstimmung über den Protest am nächsten Montag vorzunehmen.**

•

Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei und die Fraktionen des Reichs- und Landtages haben folgende Protestkundgebung beschlossen, die allen Parteizeitungen telegraphisch übermittelt wurde:

Parteigenossen! Das preußische Dreiklassenhaus, längst bekannt als die Karrikatur einer Volksvertretung, hat nunmehr auch den letzten Schleier hinweggerissen, hinter dem es seinen wahren Charakter noch notdürftig zu verstecken suchte: Es hat die Polizei ins Abgeordnetenhaus gerufen und durch Anwendung gesetzwidriger Gewalt die Immunität des Volksvertreters zertrümmert. Als einst im November des Jahres 1848 durch den nichtswürdigen Gewaltstreich des Ministeriums Brandenburg die Soldateska ins preußische Abgeordnetenhaus drang, um dieses Parlament durch die Bajonette auseinanderzutreiben, da protestierten die Mitglieder des Hauses gegen diesen tückischen Streich und erklärten, nur der Gewalt weichen zu wollen. Heute, 64 Jahre später, ruft der Präsident dieses gleichen Parlaments die Polizei selber unter Zustimmung fast des gesamten Hauses in den Saal und läßt einen der wenigen wirklichen Vertreter des Volkes mit Gewalt entfernen. — Damit hat das preußische Abgeordnetenhaus, das dazu da sein sollte, um über Recht und Gesetz zu wachen, selber den flagrantesten Rechts- und Gesetzesbruch verübt. Es hat das eigene Urteil gesprochen. — Die Gruppe der Sozialdemokratie im preußischen Junkerparlament zählt nur sechs Köpfe, aber da sie die Interessen des arbeitenden Volkes vertrat, drang ihre Stimme mißtönend an das Ohr der herrschenden Klassen, und um sie zu ersticken, proklamierte man die Diktatur des Polizeisäbels. — In der Tat! Die Diktatur des Polizeisäbels! Das ists! Denn selbst nach den Vorschriften der verschärften Geschäftsordnung bot das Verhalten unserer Abgeordneten dem konservativen Präsidenten nicht den geringsten Anlaß, zum Herbeirufen der Polizei, als diese aber einmal im Hause war, setzte sie sich mit der Skrupellosigkeit der Willkür über alles hinweg und vergriff sich sogar an einem Abgeordneten, der nicht das Geringste mit der Sache zu tun hatte. — Diese Zustände müssen allenthalben den schärfsten Protest hervorrufen. Wenn die elementarsten Bestimmungen der parlamentarischen Sicherheit von den herrschenden Klassen vernichtet und unter die plumpen Füße der Gewalt geschleudert werden, dann flüchtet sich das Vergewaltigungsrecht in die Arme des arbeitenden Volkes.

Arbeiter! Parteigenossen! Wir fordern euch auf, in wuchtigen Protestversammlungen eure Stimme zu erheben gegen diesen Gewaltstreich! Wir fordern das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. Ihm gilt unser Kampf, — — nieder mit dem Dreiklassenwahlrecht! Hoch die Sozialdemokratie!

Der Parteivorstand der soz. Partei Deutschlands.
Der geschäftsführende Ausschuß der preußischen Landesorganisation.
Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion.
Die soz. Fraktion des preuß. Abgeordnetenhauses.

Der italienisch-türkische Krieg.

Konstantinopel, 9. Mai. Eine Depesche des Vali von Smyrna besagt, daß die italienische Flotte sich wieder entfernt habe. In der gestrigen Sitzung der Kammer teilte der Präsident den Inhalt von 13 Depeschen aus den Provinzen mit, in denen die Bevölkerung die Regierung auffordert, den Krieg solange fortzusetzen, bis die Italiener Tripolis geräumt haben.

Die Dardanellen.

Konstantinopel, 9. Mai. Das Programm der bevorstehenden Durchfahrt der Schiffe durch die Dardanellen ist endlich fertiggestellt. Die Schiffe erhielten gestern ihre Ordnungsnummern. Ihre Zahl ist durch den Zuwachs aus dem Schwarzen Meer auf 180 gestiegen. Täglich werden 60 Schiffe ausfahren. Jede halbe Stunde vier.

Kämpfe auf Rhodos.

Konstantinopel, 9. Mai. In der gestrigen Deputiertenkammer verlas der Präsident ein, wie er ausdrücklich bemerkte, nicht amtliches Telegram, nach dem die Italiener eine vernichtende Niederlage auf Rhodos gehabt hätten. Tausende seien getötet und Tausende gefangen genommen worden. Das Ministerium des Innern erhielt über Marmaris eine Meldung des Vali auf Rhodos, der die Meldung von dem türkischen Siege bestätigt. Die Nachricht wurde auf der hohen Pforte und den Redaktionen in Stambul angeschlagen und erregte begeisterte Freude.

Letzte Nachrichten.

Zum Streik der Rheinschiffer.

Duisburg, 9. Mai. Die Rheinschiffer-Organisation beschloß, den Streik auch über das Kohlenkontor zu verhängen, da einige der Reeder ihre Güter durch Partikulierschiffer beim Kohlenkontor verfrachten lassen.

Gegen das Duell.

Berlin, 9. Mai. Das Zentrum hat heute in der Budgetkommission des Reichstages eine gegen den Zweikampf gerichtete Resolution eingebracht.

Botschafterwechsel.

Berlin, 9. Mai. Wie die „Tägliche Rundschau" erfährt, hat Freiherr Marschall von Bieberstein den wichtigen Posten der Londoner Botschaft übernommen. Sein Nachfolger in Konstantinopel wird Freiherr von Wangenheim werden.

Aussperrung wegen der Maifeier.

Wien, 9. Mai. Die „Neue Freie Presse" meldet aus Pola: Infolge der Aussperrung der Straßenbahnangestellten wegen Teilnahme an der Maifeier droht hier der Generalstreik. Gestern abend wurde eine Versammlung von Arbeitern vor dem Arbeiterhaus aufgelöst. Ein Teil der Arbeiter drang in das Arbeiterhaus ein, nachdem er den Polizeikordon durchbrochen hatte. Die Polizei drang nach. Sowohl innerhalb als außerhalb des Hauses kam es zu schweren Zusammenstößen. Mehrere Personen und zwei Schutzleute wurden verwundet; 30 Personen verhaftet.

Zur Wahl in Varel-Jever.

Oldenburg, 9. Mai. Bei der heutigen Reichstagsersatzstichwahl im zweiten oldenburgischen Wahlkreis Varel siegte Dr. **Wiemer** (F. Vp.) mit 15 700 gegen den Sozialdemokraten **Hug** mit 13 100 Stimmen.

Tom Man verurteilt.

London, 9. Mai. Der Arbeiterführer Tom Man, der Soldaten aufzureizen versucht hatte, dem Befehl, auf Truppen zu schießen, nicht zu gehorchen, wurde heute zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein Weltstreik.

London, 9. Mai. In einer vorgestern abgehaltenen Versammlung beschloß der Verband der Transportarbeiter einstimmig, den Verband der Maschinisten und Heizer in dem Konflikt mit der Peninsular- und Oriental-Linie zu unterstützen. In dieser Versammlung war ernstlich die Rede von einer Proklamierung eines Weltstreiks.

Geheimnisvoller Selbstmord.

Petersburg, 9. Mai. Die junge barmherzige Schwester des hiesigen Marien-Hospitals, Strekolowska, hat sich vergiftet. Der Selbstmord, der ungeheures Aufsehen erregt, hängt mit der gemeldeten Verhaftung eines jungen Mädchens zusammen, das von Terroristen ausgewählt war, den Kultusminister zu ermorden. Sie verübte bekanntlich aus Feigheit einen Selbstmordversuch. Die Schwester pflegte sie und Beide sprachen viel zusammen. Die Folge des Selbstmordes sind neue Haussuchungen.

Verhaftungen auf einem Kriegsschiff.

Helsingfors, 9. Mai. An Bord des hier liegenden russischen Kriegsschiffes „Cesarewitsch" wurden eine Anzahl Leute der Besatzung, die teils aus Russen, teils aus Finnen besteht, verhaftet. Ebenso wurden in der Stadt unter den Bewohnern zahlreiche Verhaftungen vorgenommen in Verbindung mit vielen Haussuchungen. Ueber die Gründe dieser Massenverhaftungen wird amtlich strengstes Stillschweigen beobachtet, es verlautet aber mit großer Bestimmtheit, daß es sich um einen Anschlag gegen das Kriegsschiff handelt, das in die Luft gesprengt werden sollte.

Neues vom Tage.

Die Ueberschwemmung des Mississippi.

Washington, 9. Mai. Die Beamten des Ackerbauministeriums schätzen den durch die Ueberschwemmung des Mississippi angerichteten Flurschaden auf 50 Millionen Dollars. Die Regierung versorgt bereits 117 000 Notleidende mit Nahrung und Kleidung. Der Kongreß wird voraussichtlich weitere 2 Millionen für die Hilfeleistung bewilligen. Die Meldung, daß hunderte von Personen ertrunken seien, hat eine Bestätigung bisher nicht gefunden.

Volksfreund-Buchhandlung • Luisenstraße 24.

Soeben erschien: „Die Frauenwahlrechts-Zeitung". Preis 10 Pf.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Gesangverein „Gleichheit".) Heute Freitag Singstunde. Da zu dem im Sommer stattfindenden Konzert neue Chöre angefangen werden, ist es Pflicht der Sänger, vollzählig zu erscheinen. Samstag, den 11. d. M., abends 9 Uhr, im Lokal halbjährliche Generalversammlung. 7753

Karlsruhe. (Bauschlosser.) Samstag, den 11. Mai, abends 8½ Uhr, in der „Fortuna" Berufsversammlung. 7769

Durlach. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Samstag, den 11. Mai, abends 8½ Uhr, im „Lamm" Mitgliederversammlung mit sehr wichtiger Tagesordnung. 7769

Rotenfels. (Deutscher Metallarbeiter-Verband.) Heute abend ½9 Uhr: Wichtige Mitgliederversammlung im Gasthaus zur „Blume". 7769

Gaggenau. (Deutscher Metallarbeiter-Verband.) Alle Mitglieder, die sich der Agitationskommission zur Verfügung stellen, werden zu einer Sitzung auf **Montag** abend punkt 8 Uhr in die Volkshalle eingeladen. 7769

Hinweis! In meinem gestrigen Inserat soll es heisen: 7763

1 Posten **Rosshaar-Formen imit.** sogen. Litzenhüte, 55 cm Durchmesser, sonst. Verkaufspreis Mk. 6.— bis 9.50 durchweg **5.50**

1 Posten **schwarze Frauen-Formen** Rosshaar imit. sogen. Litzenhüte sonst. Verkaufspreis bis Mk. 9.50 durchweg **5.75**

Hugo Landauer.

Vorsicht!
Als Malzkaffee wird oft
gebrannte Gerste verkauft.
Kathreiners Malzkaffee
ist aber aus Malz hergestellt.
Der Gehalt macht's!

I. Athletik-Sportklub Germania
Karlsruhe.
Einladung.

Samstag den 11. und Sonntag den 12. d. M. findet in der Restauration zur „Kaiserkrone", Sofienstraße 87, unser

Preiskegeln

statt, wozu wir unsere werten Mitglieder und Gönner unseres Sports freundlichst einladen. 7759

Beginn Samstag Abend 7 Uhr und Sonntag Vormittag 11 Uhr. — Serie 20 Pfg.

Der Vorstand.

Nur Adlerstr. 18a

Extra-Angebot

250 Herren- und Burschen-Anzüge ℳ **6.50** an

200 Knaben-Anzüge . . . . . ℳ **2.45** an

Berufskleidung für jedes Gewerbe. 7761

Nur Adlerstr. 18a E. Hahn. Nur Adlerstr. 18a

Pfannkuch & Co

Frisch eintreffend
2 Waggon feinste neue
Sommer-Malta-Kartoffeln
3 Pfund **40** Pfg.
10 Pfd. **1.30**
Ztr. **12.50**
2 Waggon neue Egypter
Zwiebeln
Pfund **8** Pfg.
Neue Holländer
Schlangen-Gurken
Stück **35** und **40** Pfg. 7767

Pfannkuch & Co G. m. b. H. In den bekannten Verkaufsstellen.

Nur noch 3 Tage!

I. Ungarischer Circus Henry

Karlsruhe, Festplatz.

Freitag abend 8¼ Uhr **Clown- u. Komiker-Abend.**

Lachen ohne Ende.

10 drollige Clowns, Auguste, Circuskommödianten in ihren neuen Entrées. 10

Alles lacht, alles kreischt vor Vergnügen.

Amateur-Konkurrenz-Reiten. 20 Mark Prämie für denjenigen Amateur, der auf galoppierendem Pferd dreimal stehend die Manege herumreitet.

Negerclowns u. Komiker.

Die Sterne der Pussta! | Elefanten als Spassmacher

Das ganze Riesen-Programm steht unter dem Zeichen des Humors!

Ausserdem sämtliche Attraktionen und Pferdedressuren.

Keine erhöhten Preise.

Billetvorverkauf b. H. Meyle Ecke Kaiserstr. u. Marktpl.

Sonnabend, den 11. Mai: **2 Extra-Vorstellungen 2**

4 Uhr zu halben Preisen für Gross und Klein, 8¼ Uhr Ehrenabend für Herrn Direktor Henry.

Fussballclub Phönix 1894 Schwarz Blau Meister v. Deutschland 1908/09. E. V.

Sportplatz links der Rheintalbahn entlang. Telephon 1838.

Dienstag und Freitag: Uebungsabend für Leichtathletik. — Mittwoch für Fußball. — Freitag, d. 10. Mai: Vortrag über Leichtathletik im Löwenrachen, abends 9 Uhr, Referent: Herr Beier. Es wird ersucht, während des Vortrags das Rauchen zu unterlassen. — Dienstag, den 14. Mai: kleines intern. Meeting mit Preisverteilung, abends ½7 Uhr auf unserem Platze. — Sonntag, den 12. Mai 1912: Beteiligung der leichtathl. Mannschaft am Frühjahrs-Waldlauf. Abgang Engländerplatz. Zusammenkunft ½10 Uhr. IIb Mannschaft in Plankstadt gegen F.-C. I. III. u. IV. Mannschaft in Neureuth gegen Germania I. u II. Beginn 2 bezw. ½4 Uhr. — Donnerstag, den 16. Mai 1912, III. und IV. Mannschaft in Grötzingen gegen F.-C. I. u. II.

Kinderbettstellen eiserne, sowie eiserne Bettstellen, für **Erwachsene**, schon von 7 Mk. an zu verkaufen. **Werner**, Schloßplatz 13, Eingang Karl-Friedrichstraße, part., r. 7710

Kaiserstr. 13, 4. Stock rechts, ist **möbliertes Zimmer** an solid. Arbeiter od. Fräul. auf 1. Mai od. spät. bill. zu vermieten. 7760

Tausende 7230 bereiten sich aus oberbad. Mostansatz ein vorzügl. apfelmostähnliches Erfrischungsgetränk. Die Qualität des Getränkes ist derart, daß jeder, welcher einen Versuch macht, ein treuer Kunde sein wird. Ueberzeugen Sie sich selbst durch einen Versuch. Preis pro Flasche 3.50 ℳ, reichend für 150 Liter. Niederlagen: Drog. Baum, Karlsruhe, Wilh. Guggolz, Sulzfeld, Küfer Doll, Berghausen, Mart. Delm, Wöschbach, Kaufm. Wenz, Söllingen, Küfer Hoffmann, Grötzingen, Küfer Schmid, Singen, Eugen Kunz, Malsch, E. Dambach, Mörsch, Karl Steiner, Ottenau, Martin Hirn, Kuppenheim, Rudolf Heitz, Durmersheim, Karl Roser, Kleinsteinbach, Oskar Schaufler, Wilferdingen, Joh. Ullrich, Niederbühl, Apotheker Strauß, Mühlburg, Otto Benroth, Rüppurr, Küfer Gackenheimer, Weingarten, Anton Bopp, Bruchsal. Weitere Niederlagen werden errichtet durch den En gros Vertrieb **Robert Ruf, Ettlingen.**

K.F.C. Frankonia e. V. 7768

Heute Abend Training und Spieler-Versammlung. Samstag: Vereinsabend. Sonntag vormittag 10 Uhr: Beteiligung am Waldlauf. Nachm. 3 Uhr auf unserem Platze F.-Vg. Bruchsal I gegen Frankonia I. II. u. A.H.-M. in Bruchsal. Abfahrt 12.05 bezw. 2.15 H.-B. Abends im Klubhaus. Himmelfahrtstag. 16. Mai, grosses Leichtathletik-Training für sämtliche aktive Mitglieder.

Fussball-Club Mühlburg Verein für Rasenspiele e. V. — Gegr. 1905. Mitgl. d. Verb. südd. Fussball-V.

Freitag alte Herrensitzung. Samstag: Monatsversammlung 9 Uhr. Es wird um pünktliches Erscheinen gebeten. Sonntag: Familien-Ausflug nach Daxlanden. Abmarsch 2 Uhr über Rappenwörth nach Daxlanden Gasthaus zum „Adler" mit Tanzunterhaltung. Himmelfahrtstag II. Mannschaft in Beiertheim gegen B. F.-V. II. 7764

Partei- und Gewerkschaftsgenossen, Freunde der Arbeitersache raucht u. verlangt **„Tag-Gen"** Qualitäts-Zigaretten aus der Tabakarbeiter-Genossenschaft e. G. m. b. H. Stuttgart. General-Vertreter für Baden und Elsaß **Hermann Winkler** 7711 Karlsruhe Augartenstr. 33, 2. St.

Die besten **Herren-Socken** finden Sie bei **Rud. Vieser** Kaiserstr. 152

Kinderliegwagen, gut erhalten, ist billig zu verkaufen. Humboldtstr. 30, part. rechts.

Degenfeldstr. 15, 2. St lks., ist **möbl. Zimmer** mit separ. ungen. Eingang sofort zu vermiet.

Uhlandstr. 24, 4. St. lks., ist gut **möbl. Mansarden-Zimmer** zu vermieten.

Sportwagen, gut erhalten, preiswert zu verkauf. Morgenstr. 35, 2. St. r.

Nähmaschine f. Schuhmach., gut erh., billig zu verk. Mühlburg, Marktstr. 1, I.

Freie Turnerschaft Karlsruhe.

Unsere verehrl. Mitgliedern, sowie der Karlsruher Arbeiterschaft zur gefl. Kenntnisnahme, daß wir am **Montag, den 13. Mai** für die **Südstadt** eine

3. Männer- und Zöglings-Abteilung
in der Turnhalle Schützenstraße 35

eröffnen, und finden die Turnstunden von dem genannten Tage ab jeweils **Montag** und **Freitag** abend 1/4 9—10 Uhr statt.

Mit dieser nochmaligen Erweiterung unseres Turnbetriebes hoffen wir den zahlreichen in der Südstadt wohnenden Arbeitern Rechnung zu tragen und bitten von der neuen, bequemen Turngelegenheit zahlreichen Gebrauch zu machen.

Nunmehr finden folgende **Turnstunden** statt:

1. Für Turner und Zöglinge:

Weststadt: **Dienstag** und **Freitag** in der Gutenbergschule-Turnhalle, **Kaiser-Allee 55**, Eingang Nelkenstraße.
Oststadt: **Montag** und **Donnerstag** in der Karl-Wilhelmschul-Turnhalle am **Durlacher Tor**, Eing. Karl-Wilhelmstr.
Südstadt: **Montag** und **Freitag** in der Turnhalle der Schützenstraßenschule, **Schützenstraße 35**, jeweils von 1/4 9 bis 10 Uhr abends.

2. Für Turnerinnen und Schülerinnen:

Dienstags in der Turnhalle der Höheren Mädchenschule, **Sophienstraße 14.**

Turnerinnen 1/2 9 bis 10 Uhr, Schülerinnen von 1/4 8 bis 1/2 9 Uhr abends. Auf uns. **Turn- und Spielplatz** auf den **Fautenbruchwiesen** beim städtischen Wasserwerk, Sonntags sowie auch Werktags abends: Verschiedene Ball- und Laufspiele, volkstümliches Turnen usw.

Die Mitglieder erhalten die „Arbeiterturnzeitung" bezw. „Freie Turnerin" kostenfrei und sind gegen Unfall versichert.

Monatsbeitrag für Turner 50, für Turnerinnen 35, für Zöglinge 25 Pfg.; Schüler und Schülerinnen sind vorerst beitragsfrei.

Neueintretende unter 17 Jahren zahlen keine Aufnahmegebühren. Anmeldungen werden in jeder Turnstunde entgegengenommen. 7756

Der Turnrat.

TOURISTEN VEREIN · DIE NATURFREUNDE · ORTSGRUPPE KARLSRUHE

Der **Touristenverein „Die Naturfreunde"**, Ortsgruppe Karlsruhe, feiert am kommenden **Sonntag, den 12. d. M.** die **Eröffnungsfeier** seines im Schwarzbachtal bei Forbach gelegenen **Naturfreundehauses.**

Die Karlsruher Arbeiterschaft sowie Freunde und Gönner des Vereins erlauben wir zu diesem Feste freundl. einzuladen.

Der **Sonderzug** fährt 6 Uhr 30 Min. am Hauptbahnhof hier ab und kommt 8 Uhr 11 Min. in Forbach an. Die Rückfahrt erfolgt 7 Uhr 20 Min. abends und die Ankunft 8 Uhr 55 Min. in Karlsruhe.

Der **Fahrpreis** beträgt retour Mk. **1.90**, für Kinder zwischen 4 bis 10 Jahren Mk. **0.95.**

Vorverkaufskarten sind zu haben bei: **Otto Freundlieb**, Sportgeschäft, Kaiserstr. 185; **Arth. Baier**, Sportgeschäft, Kaiserstr. 174; **Joh. Nesselhauf**, Buchbinderei, Schützenstr. 46, sowie Freitag abend im Vereinslokal zum **„Nußbaum"**, Ecke Adler- und Markgrafenstraße. 7752

Kaninchenzüchter-Verein Rüppurr

Am **Sonntag den 12. Mai** findet unsere diesjährige

Kaninchen-Ausstellung

mit **Prämierung** und **Verlosung** statt.

Ausstellungslokal: **Bahnhof-Hotel Rüppurr.**

Zu dieser Ausstellung laden wir alle Züchter, Freunde und Gönner der Kaninchenzucht freundlichst ein. 7749

Der Vorstand.

Tierschutz-Verein Karlsruhe.
Der 15. Verbandstag der badischen Tierschutzvereine

findet

Sonntag, den 12. Mai, 9 1/2 Uhr vormittags im großen Rathaussaale

hier statt. 7762

Anmeldungen zum **Festessen**, das um **1 1/2 Uhr** im **oberen Saale** der **„Vier Jahreszeiten"** beginnt, sind bis **10. d. Mts.** an den **1. Vorsitzenden** erbeten.

Zu diesen Veranstaltungen sind unsere Mitglieder nebst Angehörigen freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Maurer-Gesuch
für Baustelle Rüppurr

Suche **sofort** eine Partie tüchtige Maurer.
Zu erfragen 7757

Baugeschäft Nunn
Winterstraße 4.

Jüngerer Taglöhner

findet in einem Malergeschäft dauernde Beschäftigung. 7754

Näheres **Sofienstraße 56, 2. Stock.**

Eisgenossenschaft selbst. Konditoren 7748

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Wir beehren uns, dem verehrlichen Publikum hiesiger Stadt die Mitteilung zu machen, daß wir am **15. Mai d. J.** unseren Betrieb eröffnen und den **Vertrieb von Speiseeis in den Straßen der Stadt** selbst in die Hand nehmen werden. Wir betonen, daß es selbstverständlich nicht das in den Konditoreien mit großer Sorgfalt und den ausgesuchtesten Rohmaterialien hergestellte „feine Gefrorene" sein kann, jedoch garantieren wir für ein gesundes, wohlschmeckendes und bekömmliches und zugleich billiges Speiseeis. Durch unseren aufs peinlichste eingerichteten Betrieb und fachmännische Leitung und Aufsicht glauben wir uns, ebenso wie unsere Kollegen in den Städten Cassel, Elberfeld, Dresden, Freiburg i. Br. und Heidelberg, die Gunst des Publikums zu erwerben. Wir empfehlen unser zeitgemäßes Unternehmen, das wir als einen Akt der Selbsthilfe des Handwerkes betrachten aufs beste u. zeichnen

Hochachtungsvollst

Eisgenossenschaft selbst. Konditoren, e.G.m.b.H., Karlsruhe.

Betrieb: **Lessingstr. 47.** Büro: **Leopoldstr. 30.**

Erprobte Spezialitäten!

Anzug- u. Hosenstoffe	ℳ 2.80	bis 12.—	p. Mtr.
Halbtuche extra stark	„ 3.50	„ 4.20	„ „
Loden	„ 2.30	„ 5.50	„ „
Hosenzeuge garantiert waschecht	„ 1.60	„ 2.75	„ „
Engl. Leder-Pilot	„ 1.30	„ 1.65	„ „
Samt-Cord	„ 2.40	„ 2.60	„ „
Sommer-Joppen- und Hosen-Stoffe garantiert waschecht	„ 1.20	„ 1.90	„ „
Arbeiter-Hemden	„ 1.95	„ 2.95	
Blaue Schurzstoffe echtfarbig	„ —.68	„ —.95	„ „
Grüne Schurzstoffe echtfarbig	„ —.73	„ —.95	„ „
Grüne Wollschürzenstoffe	ℳ 1.85		„ „

Fertige Schürzen :: Arbeiter-Hosen

vom Guten nur das Beste

zu bekannt billigen Preisen.

Joh. Hertenstein

Inh.: F. Kuch 7488

Herrenstrasse 25

Auf alle Preise 5% Rabatt oder Marken.

Am **13. Mai** bin ich in **Karlsruhe** im Hotel **„Goldener Karpfen"** um

künstliche Augen

nach der Natur für Patienten herzustellen u. einzusetzen. Künstl. Augen können auch über d. erblindeten Auge getragen werden.

L. Müller-Uri, Augenkünstler Leipzig und Berlin N. W. 6, Karlstrasse 9, 1. Etage.

Das Beste sehr preiswert!

Sämtliche Qualitäten sind doppelt gereinigt daher sehr füllkräftig.

○○○

Federn	3.50	3.00	2.40	1.50 1.25
Halbdaunen	4.50	3.00	2.40	1.90
Daunen	6.00	4.75	3.50	
Bett-Barchent, sehr preiswert.				

Gefüllte Deckbetten und Kissen in allen Qualitäten sehr vorteilhaft. Füllen der Betten im Beisein der Kundschaft.

Betten-Spezialhaus **Buchdahl** **Kaiserstr. 164**

7653

Achtung! Achtung!

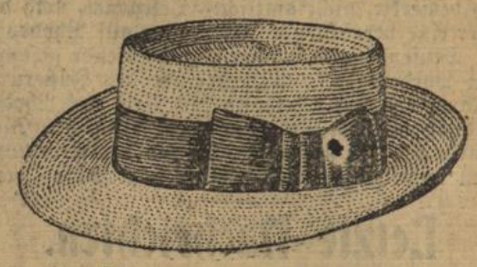
Schuhwaren

Empfehle mein **großes Lager in Schuhwaren aller Façons und Lederarten** in nur **guter** und **feinster** Ausführung bei allerbilligsten Preisen. 7062

Wilhelm Müller

kein Laden, Mühlburg, Geibelstraße 4, beim Bahnhof, kein Laden, Niederlage bei Belschner jun., Marienstr. 65.

Hervorragend billiges Angebot!



Herren-Stroh-Hüte

letzter Saison

in verschiedenen Formen zum Einheitspreis von

Mark **1.—** per Stück.

Wilh. Bauer

84 Kaiserstrasse 84. 7755

Hauser & Levi
Offenburg.

Vorteilhafte Kaufgelegenheit in

Linoleum!

200 cm bedruckt Linoleum
Meter Mk. **2.50** bis **3.—**

200 cm Inlaid-Linoleum,
7650 Muster durchgehend
Meter Mk. **5.50** bis **7.—**

Linoleum-Teppiche
Mk. **5.50** bis **15.—**

200 cm breite Linoleum-Coupons
von 2—6 Meter **weit unter Preis.**

Linoleum-Läufer in allen Breiten
Meter **85** Pfg. bis Mk. **2.—**

Wenn Sie

einen **guten, dauerhaften** und **billigen**

Stiefel

brauchen, dann kaufen Sie im

Schuhhaus Merkel Gaggenau

Spezialhaus für Mercedes-Stiefel. 7847

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheaufgebote: Julius Wertheimer von Bodersweier, Kaufmann in Amsterdam, mit Elsa Ornstein von hier. — Heinrich Fritz von hier, Kaufmann hier, mit Karoline Meinzer von Teutschneureut. — Bernhard Diebold von Hügelsheim, Bahnarbeiter hier, mit Karoline Borell von Friedrichsthal. — Heinr. Walter von Daisbach, Kutscher hier, mit Elisabeth Bernet von Wöschbach. — Jean Blaeß von Schwetzingen, Schlosser hier, mit Karoline Köpfle von Leeder. — Ludwig Waibel von Pforzheim, Landwirt hier, mit Amalie Kiehnle von Pforzheim. — Georg Kraus von Zuzenhausen, Bahnarbeiter hier, mit Mathilde Märker von hier.

Geburten: Erna Hilda, V. Ludwig Joos, Lokomotivheizer. — Ottilie Olga, V. Aug. Keisinger, Küfer. — Leopold, V. Leopold Matz, Fabrikarbeiter. — Mechthild Elisabeth Anna, V. Walter Brandl, Hofvikar. — August Eduard, V. Gust. Schneider, Bahnarbeiter.

Todesfälle: Marie Metzger, alt 23 J., Ehefrau des Fabrikarbeiters Wilh. Metzger. — Philipp Metzger, Kanzleidiener a. D., ein Witwer, alt 74 J. — Wilhelm, alt 1 Mon. 1 Tg., V. Konrad Pferrer, Schlosser. — Karl Müller, Eisendreher, ein Ehemann, alt 36 J. — Ludwig, alt 1 J. 10 Mon. 8 Tg., V. Max Glaser, Fabrikarbeiter. — Valentin Reichert, Kunstschuldiener a. D., ein Witwer, alt 67 J. — Karoline Lösch, Wäscherin, ledig, alt 66 J. — Elisabeth, alt 6 Mon. 25 Tg., V. Max Aßmann, Maschinenarbeiter. — Adelheid, alt 2 J., V. Josef Hammerschmitt, Korbmacher. — Karl Burger, Chorsänger, ein Ehemann, alt 35 J.